Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 5.39 zł, vierteljährlich 16.16 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G.. Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 266. Bromberg, Sonnabend den 19. November 1932. 56. Jahrg.

Das oberste Gesetz.

Warum auch Herr von Papen scheitern mußte.

Als der Reichsgerichtspräsident Bumke in der Klage der abgesetzten Preußischen Regierung gegen die Reichsregierung den Spruch des Staatsgerichtshofs verkündete, der die Verfassung als oberstes Gesetz respektierte und dem Reichskommissariat im größten deutschen Lande Grenzen zu setzten wußte, welche die Ungeklärtheit der politischen Führung eher verstärkte als entwirrte, da schrieb ein tschechisches Blatt das bezeichnende Bekenntnis nieder: „Ein unpolitisches Volk, aber ein rechtliches Volk!" Man weiß nicht, ob das Lob, das der Nachsatz enthält, schwerer wiegen soll als der Tadel, der in dem ersten Teil dieser These beschlossen liegt. Wohl aber weiß der Deutsche, daß er vom Recht nicht lassen kann, ohne seinen eigenen Wert aufzugeben, und daß er die politische Formung, die im Land der europäischen Mitte unzählige Gegensätzlichkeiten überwinden muß, auf legalem, das heißt: auf rechtlichem Wege erlangen muß. Revolutionen liegen dem Deutschen nicht, es sei denn in geistigen Regionen. Wo er sie auf die Erde stellte, sind sie ihm sämtlich mißglückt, von 1848 und 1918 bis zu den Putschen von Kapp und Hitler.

Das oberste Staatsgesetz in Deutschland ist die Verfassung von Weimar. Kaum war sie geschaffen, hatte sie sich gründlich überlebt. Heute ist neben den Grundsätzen der bürgerlichen Freiheit nur noch der Art. 48 lebendig, der dem Reichspräsidenten für eine kurze Spanne Zeit besondere Vollmachten gibt. Der weitaus größte Teil des Volkes will mit dieser liberalistischen Verfassung nichts mehr zu tun haben. Er ist den Parlamentarismus gründlich satt und verargt es dem Reichspräsidenten nicht, wenn er mit dem Art. 48, dem verfassungsmäßigen Anreiz zur „autoritären Regierung", neue Wege gehen will. Die überwältigende Mehrheit, die sich vor wenigen Monaten bei der Neuwahl des Reichspräsidenten für Hindenburg aussprach, liefert dafür den schlüssigsten Beweis. Die Wähler der Gegenkandidaten wollten noch mehr Autorität; sie wollten offensichtlich die Diktatur.

So hat der Deutsche den Parlamentarismus abgeworfen wie ein unmodernes Kleid; aber auf dem Wege zur vollen Diktatur, wie sie in Rußland oder Italien besteht, ist er stehen geblieben. Im Lande der europäischen Mitte sucht er einen Mittelweg, der freilich kein faules Kompromiß zwischen den Gegensätzlichkeiten sein soll, sondern ihre Überbrückung. Deutschland, das Moeller van den Bruck einmal als das große Experimentierland Europas bezeichnet hat, will über sich hinaus. Wer wundert sich noch darüber, daß dieses Experiment nicht beim ersten Start gelingt? Wo doch dem jungen Adler in Versailles beide Flügel beschnitten wurden? Wo doch im Innern das Gesetz der Schwere den auffliegenden Geist immer wieder zu Boden drückt? „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort!" Oberstes Gesetz ist die Verfassung. Hindenburg hält sie vor sich wie ein Panier, hält sie fester wie er den Kanzler von Papen hielt. Aber auch Hitler geht jetzt auf legalem Wege. Die Kommunisten freilich, die als dritter Block für eine Autorität in Frage kommen, marschieren in anderer Richtung; doch sie wollen — und das ist bezeichnend — keine deutsche Autorität, sondern eine russische, bzw. die Diktatur einer internationalen Ideologie. Ihr Weg ist eine Chaussee und keine deutsche Straße, die für die Wanderung zu einem deutschen Ziel allein in Frage kommt. —

Die Verfassung von Weimar besteht und wird geachtet; aber nicht als Erbe, das man erwerben möchte, um es zu besitzen, sondern als Erbe, das man wie eine ewige Krankheit erworben hat und das man gern loswerden möchte. Der Hausvater hat zwei Ärzte an das Krankenlager des Erben berufen, die beide gescheitert sind. Jawohl, zwei Ärzte; denn Brüning bildete das erste Hindenburg-Kabinett und damit eine „autoritäre Regierung", wenn er ihr auch nicht diesen Namen gab. Herr von Papen war sein Nachfolger. Brüning versuchte es mit homöopathischen Mitteln, Papen bekannte sich zur entgegengesetzten Heilmethode, zur Allopathie. Beide wollten ihrem Tränklein das neue, unerprobte Elixier eines Naturdoktors beimischen, auf das bereits Millionen Kranke schwören. Aber der Mann im Braunen Haus versagt sich dem Konsilium. Er will den Patienten selbständig behandeln, oder doch das allein ausschlaggebende Wort dabei sprechen dürfen. Das wieder läßt der Hausvater nicht zu, der die Verantwortung trägt und die Unerprobtheit des neuen Mittels fürchtet. Er würde vielleicht zu diesem letzten Mittel greifen, wenn der Kranke wirklich am Ende seiner Kraft wäre. Aber das Volk, das es hier zu heilen gilt, ist unendlich zäh. Es hat einen Weltkrieg überdauert! Der Hausvater hat Zeit zum Abwägen und zum Warten. Er hat den ersten Arzt nach Hause geschickt und er läßt jetzt den zweiten ablösen. Sein eigenes Ansehen ist unerschüttert geblieben. Er wird jetzt einen dritten Arzt berufen, von dessen Autorität er die Mitarbeit anderer Fachkräfte, nicht zuletzt auch des Mannes vom Braunen Hause, erhofft. Vielleicht wird er kommen, da ihm selbst daran gelegen sein muß, die vielgerühmte Wirkung des Wunderelixiers praktisch zu erproben, vielleicht wird er wenigstens einen Assistenten schicken. Dann bliebe noch immer die Furcht um den guten Fortgang des ärztlichen Konsiliums, um die Dauer der Eintracht. Die Krankheit ist ernst. Die Heilung wird langwierig sein. Werden die Ärzte, selbst wenn sie sich morgen einigen sollten, nicht übermorgen wieder in Streit geraten? Die Sorgen des Hausvaters sind groß und schwer, und er selbst ist hochbetagt. Gott möge ihn erhalten; denn er ist die Autorität des ganzen Hauses.

So und nicht anders liegt das Problem. Man kann jetzt das Gleichnis verlassen und braucht nicht mehr nach den Gründen zu fragen, weshalb Hindenburg an dem Hausgesetz, an der Verfassung festhält, die doch wahrhaftig nicht auf sein Format zugeschnitten ist. Erst wenn die Autorität des Arztes oder der Ärzte feststeht, kann seine eigene Verantwortung die gewiß unzulängliche, aber doch formal gegebene Stütze der Verfassung entbehren. Die Autorität Brünings und Papens reichte nicht aus. Sie hatten verschiedene Methoden; aber das Ende war jedesmal dasselbe: ihr Experiment mißlang. Es scheiterte an der Verfassung und ihrem Mehrheitsprinzip. Gewiß, dieses Prinzip ist durch die Abneigung gegen das parlamentarische Spiel schwer erschüttert; aber es wurde noch immer nicht durch die Diktatur des Einen abgelöst. Die „autoritäre Regierung" verlangt Vertrauen nicht nur von oben, nein auch von unten her, verlangt wenigstens soviel Vertrauen, daß es, gepaart mit dem großen Vertrauen, das der Reichspräsident für sich buchen kann, einen verfassungsmäßigen Volksentscheid sicherstellt, der die notwendige Verfassungsänderung zur Folge hat: die Beschränkung der Parlamentsgewalt, die Reform des Wahlrechts zum Reichstag und vielleicht noch die Bildung einer ersten Kammer als Gegengewicht gegen den unfruchtbaren Streit der Parteien. Das Vertrauen für Brüning reichte nicht aus, weil die Sozialdemokratie gerade die Fortenwicklung der „autoritären Regierung" nicht wollte. Das Zentrum allein konnte nicht genügen. Das Vertrauen für Papen reichte nicht aus, weil es ihm damit ging, wie Lot vor dem Untergang von Sodam und Gomorrha. Er fand unter hundert nur zehn Gerechte, die mit ihm gingen. Die Deutschnationalen allein konnten nicht genügen. So will es der Sinn des Gesetzes, und das Gesetz ist heilig im Volk.

„Wenn es nach dem Gesetz geht, dann gebt uns die Führung!" ruft man im Braunen Haus, „wir haben uns in zwei Wahlen als die stärkste Partei erwiesen!" — „Das bestreiten wir nicht," heißt es auf der Gegenseite, „aber ebenso hat sich das Volk in zwei Wahlen für Hindenburg gegen Hitler entschieden. Das Volk will alle Parteien der Autorität des Reichspräsidenten unterwerfen. Deshalb will es Hindenburg mit der „nationalen Konzentration", aber nicht mit der Ausschließlichkeit einer Partei versuchen. Er fürchtet diese Ausschließlichkeit schon dann, wenn Hitler Kanzler einer „autoritären Regierung" wird. Er wird dann zwangsläufig auf den Weg der Diktatur gedrängt, weil seine starke Persönlichkeit auch als Führer einer Partei kein anders geartetes Kollegium neben sich dulden kann." —

So ist es um den entscheidenden Gegensatz unter dem Gesetz zur Überwindung des Gesetzes bestellt. Die nächsten Tage werden darüber Aufschluß geben, ob, wie und wieweit das deutsche Volk über diesen Gegensatz hinauswächst. In erster Linie ist dabei Hindenburgs Wille entscheidend; aber auch der Wille der anderen, zumal des Mannes vom Braunen Hause ist mitbestimmend, ja selbst die Resonanz der marxistischen und moskowitischen Opposition. Aller Wille aber ist Gesetzen und Zwangsläufigkeiten unterworfen, die eine Lösung des deutschen Regierungsproblems ungeheuer schwierig gestalten. Wahrscheinlich gibt es nur eine Zwischenlösung. Wahrscheinlich ist das Wort von einer „Lösung der Krise" im Politischen überhaupt ein unsinniges Gerede.

Im Hintergrunde aller Besprechungen zwischen Parteiführern und oberster Reichsleitung aber schreibt eine unsichtbare Hand den ernsten Satz, den Moeller van den Bruck im Januar 1923 in sein „Gewissen" schrieb: „Wir warten in Grauen und Hoffen auf das deutsche Gesicht!"

**

Rücktritt des Kabinetts Papen angenommen.

Berlin, 18. November.

Nach der gestern vormittag stattgefundenen Kabinettssitzung, die sich drei Stunden lang hinzog, begab sich Reichskanzler von Papen gestern nachmittag 5 Uhr zum Reichspräsidenten, um ihm über das negative Ergebnis seiner Besprechungen mit den Parteiführern und über die Kabinettssitzung Vortrag zu halten. Nach der ganzen Sachlage war Herrn von Papen nichts anderes übrig geblieben, als dem Reichspräsidenten die Gesamtdemission seines Kabinetts anzubieten. Der Reichspräsident nahm das Rücktrittsgesuch an und beauftragte die Regierungsmitglieder, ihre Funktionen bis zur Klärung der Lage weiter auszuüben. Man rechnet damit, daß spätestens am kommenden Mittwoch die Krisis gelöst werden wird.

Amtlich wurde gestern abend folgendes Communiqué herausgegeben:

„Der Reichskanzler hat heute dem Reichspräsidenten über die Ergebnisse der im Auftrage des Präsidenten geführten Unterredungen mit den Parteiführern zur Bildung einer möglichst breiten nationalen Konzentration Bericht erstattet. Während die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei erklärten, sie würden einer nationalen Konzentration beitreten, die die Arbeiten der Reichsregierung erleichtern könnte, gaben die Führer der Zentrumspartei der Meinung Ausdruck, daß die Leitung und Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts für die Sicherung und Konsolidierung dieser Kräfte als nichtentsprechend angesehen werden müsse. Die Sozialdemokratische Partei hat den Vorschlag des Kanzlers auf Anbahnung von Verhandlungen über die Bildung einer nationalen Konzentration schroff abgelehnt. Die Nationalsozialistische Partei hatte dem Kanzler die Mitteilung zugehen lassen, daß sie nur unter einer gewissen Bedingung bereit sei, schriftliche Verhandlungen anzuknüpfen; sie lehnt aber von vornherein die Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Regierungsprogramms ab.

Unter diesen Verhältnissen ist die Reichsregierung, die alles daran setzte, die am 1. Juni von dem Reichspräsidenten erhaltenen Aufträge zu erfüllen, der Meinung, sie werde am besten den Interessen des Landes dienen, indem sie ihr Amt in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegt, wobei die Regierung, ohne auf ihre autoritative Leitung des Staates zu verzichten, nach dem vielfach von ihr unterstrichenen Grundsatz verfährt, daß personelle Rücksichten eine Rolle nicht spielen könnten. In diesem so ernsten Augenblick wünscht die Regierung dem Präsidenten als dem Staatsoberhaupt die Möglichkeit zu geben, unter Wahrung der höchsten Autorität seines Amtes in erster Linie alle national denkenden Elemente zusammenzuschließen, wodurch der Weg der Zukunft Deutschlands gesichert werden könnte."

Berlin, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Bayerische Volkspartei läßt entgegen der amtlichen Verlautbarung über den Rücktritt der Reichsregierung feststellen, daß ihr Vorsitzender Dr. Schaeffer dem Reichskanzler am Mittwoch in seiner Unterredung erklärt habe, daß sie den Versuch, eine nationale Konzentration unter anderer Führung als der des Herrn von Papen nicht nur für notwendig, sondern auch nicht für aussichslos halte.

*

Hindenburg empfängt die Parteiführer.

Berlin, 18. November. (PAT.) Am heutigen Freitag wird Reichspräsident von Hindenburg der Reihe nach die Zentrumsführer Prälat Kaas und den Abgeordneten Joos sowie den Führer der Volkspartei Dingeldey empfangen. Für Sonnabend ist der Empfang Hitlers und des Vertreters der Bayerischen Volkspartei Dr. Schaeffer vorgesehen. Die Konferenzen des Präsidenten werden nicht allein die Frage der personellen Zusammensetzung des künftigen Kabinetts, sondern auch das politische und wirtschaftliche Programm der künftigen Reichsregierung betreffen.

*

Hitlers Kandidatur.

München, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Zum Rücktritt der Regierung Papen schreibt der nationalsozialistische **„Völkische Beobachter"**: Der Entschluß kam spät, aber immer noch nicht zu spät, wenn er von dem Gedanken geleitet war, den Weg für eine grundsätzlich neue Staatsform wirklich und mit allen Konsequenzen freizumachen. Dazu gehört vor allen Dingen die Einsicht, daß eine neue Zeit neue Maßnahmen und neue Männer erfordere. Die Kanzlerschaft Papens habe bewiesen, daß die Zeit der Experimente und halben Maßnahmen vorbei sei. Eine Regierung, hinter der kein Volk stehe, sei den schweren Aufgaben nicht mehr gewachsen. Der Maßstab der Autorität bestehe in dem Grunde des Vertrauens, das einer beim deutschen Volke genieße. Die Stimme des Volkes habe längst darüber entschieden, wem es als Führer in diesem Kampf zu folgen gedenke. Es sei wahrlich nicht zuviel verlangt, wenn endlich auch an verantwortungsvoller Stelle dem Willen und der Meinung des Volkes Rechnung getragen werde. Und diese Meinung gehe dahin, daß nunmehr die Stunde gekommen sei, in der Adolf Hitler zum Kanzler ernannt werden müsse. Jede Zwischlösung verbrauche unnötige Kräfte. Heute muß man Deutschland nationalsozialistisch führen, um zu verhindern, daß es kommunistisch werde.

*

München, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im Braunen Hause in München wurde auf Anfragen erklärt, daß Adolf Hitler die telegraphische Einladung des Reichspräsidenten zu einer Besprechung nach Berlin zu kommen, angenommen habe. Er werde vor-

ausfichtlich noch im Laufe des heutigen Tages von München abreisen. Blättermeldungen, wonach Adolf Hitler seinen politischen Beauftragten in Berlin, den Reichstagspräsidenten Göring, mit den Berliner Verhandlungen betraut habe oder betrauen werde, entsprächen nicht den Tatsachen. Der persönlichen Einladung des Reichspräsidenten werde Adolf Hitler auch persönlich Folge leisten.

*

Deutsche Pressestimmen.

Berlin, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der deutschnationale **„Lokal-Anzeiger“** beschäftigt sich ausführlich mit dem Rücktritt der Reichsregierung und erklärt, daß **es maßgebende politische Kreise gebe, die mit der Wiederbetrauung des Reichskanzlers von Papen rechnen.**

Die Berliner **„Börsen-Zeitung“** beschränkt sich darauf, den Gang der gestrigen Ereignisse wiederzugeben, ohne zu den Dingen selbst Stellung zu nehmen.

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung“** betont, daß Hitler mit der Neubildung der Regierung betraut werden müsse.

Die **„Deutsche Zeitung“** wendet sich dagegen, daß das Zentrum wieder maßgeblichen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte erhält.

Die **„Germania“** stellt fest, daß nunmehr der Weg zu einer Regierung, die im Volke einen sehr starken Rückhalt findet, offen ist. Das Blatt schreibt weiter: „Schwere Entscheidungen treten an alle heran, die als politische Führer des Volkes an der Geschichte des Neuen mitzuwirken haben. Sie haben die Chance einer befreienden Tat, die aus der dumpfen Atmosphäre der letzten Monate herausführt. Sie haben die Aufgabe, in der Reichsregierung eine Notgemeinschaft der Arbeit zu schaffen, die eine starke Führung ermöglicht und zugleich auch in der breiten Masse des Volkes verwurzelt ist. Sie haben die Pflicht, sich an dieser Aufgabe zu bewähren. Geschieht dies nicht,, dann haben diejenigen, die sich schuldhaft versagten, mehr als eine Chance versäumt. Dann wird das Volk sie richten und die Entwicklung kann sehr leicht über sie hinweggehen.

Der „Vorwärts“ wendet sich gegen eine Regierung Hitler. Die Regierung, die Deutschland retten könne, sei das Gegenteil der Regierung Papen. Sie könne darum kein Papen ähnliches Gebilde und keine Regierung Hitler sein.

Die **„Münchener Neuesten Nachrichten“** schreiben zu dem Rücktritt des Kabinetts u. a.: Merkwürdig berühre es, daß der Reichspräsident nicht von sich aus die Parteien vor eine klare Frage stelle, sondern die Vorschläge von den Parteien erwarten wolle. Alles werde jetzt darauf ankommen, ob die Nationalsozialisten auf dem Reichskanzler-Amt für Hitler bestehen, oder ob sie der ablehnenden Haltung des Reichspräsidenten in diesem Punkte Rechnung tragen wollen.

Das **„Hamburger Fremdenblatt“** unterstreicht, daß zu bisherigen Regierung zwei überaus bedeutungsvolle Vorentscheidungen, nämlich die Entscheidung, daß die bisherige Regierung nicht mehr das Vertrauen des Reichspräsidenten besitze, und daß die bisherigen Regierungsparteien zu einer Monopolherrschaft nicht befugt seien.

Das **Hamburger Fremdenblatt“** unterstreicht, daß zu einer Aufregung oder Unruhe kein Grund vorliege. Der Reichspräsident von Hindenburg werde die Lösung der nun akut gewordenen Krise mit den in allen Verfassungsstaaten üblichen Mitteln herbeizuführen suchen. Das Schicksal sei noch einmal in die Hände der Parteiführer gelegt worden.

Die Aufnahme in London.

London, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das Interesse der Londoner Presse an der deutschen Regierungskrise drückt sich durch weitgehende Wiedergabe der Berliner Berichte aus. Es fehlt im allgemeinen noch an eigenen Kommentaren. Die „Times“ erklären, daß man abwarten müsse, ob die Parteien eine Regierung bilden könnten. Die Papen-Regierung habe nichts getan, was gefährlich oder schädlich sein könne. Die Nationalsozialisten und die Zentrumspartei hätten noch zu beweisen, daß eine allgemeine Koalition der Rechten ebensoviel leisten könne. In einem Bericht der „Daily Mail“ heißt es, daß Herr von Papen aus Pflichtgefühl gehandelt habe, als er den Kanzlerposten angenommen habe. Wenn die Koalitionsverhandlungen fehlschlagen würden, so sei Hindenburg gezwungen, Deutschland unter eine Art Diktatur zu setzen, denn Deutschland müsse regiert werden. „Daily Expreß“ erklärt, Papens Nachfolger werde entweder Hugenberg oder Hitler sein. Hindenburg habe bisher immer sein Vaterland vor seine eigene Person gestellt.

Es herrscht eine große Enttäuschung und Unzufriedenheit darüber, daß gerade in dem Augenblick, da Simon die englischen Abrüstungsvorschläge eingebracht hat, die nach Ansicht der politischen Kreise Deutschland die Möglichkeit der Rückkehr nach Genf ohne Abbruch für sein Prestige eröffnen, in Berlin eine Kabinettskrise erfolgt ist, die jegliche Chancen der Erneuerung der Arbeiten der Abrüstungskonferenz in den Hintergrund rücke. In maßgebenden Kreisen wird betont, daß, sofern Deutschland weiterhin Schwierigkeiten unter dem Deckmantel der Kabinettskrise machen werde, es selbst durch die guten Chancen einen Strich machen würde, die Deutschland gegenwärtig besitzt.

Das Echo aus Paris.

Paris, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Rücktritt der Reichsregierung wird in der Pariser Morgenpresse sehr eingehend besprochen. Das „Echo de Paris“ meint, die verschiedenen Regierungsmaßnahmen des Herrn von Papen seien eine Herausforderung der Öffentlichkeit gewesen und hätten dazu beigetragen, seine Stellung zu untergraben. Das „Journal“ sagt, für Frankreich habe die ganze innere Umwälzung in Deutschland nur insofern Interesse, als daraus eine Änderung der öffentlichen Meinung hervorgehen könne, die jedoch kaum zu erwarten sei. Wenn der Reichswehrminister sich auch hinter die Kulissen zurückgezogen habe, so bleibe er trotzdem der Hauptberater Hindenburgs. Ein neues Kabinett werde lediglich versuchen, von Frankreich neue Zugeständnisse durchzudrücken. Das schlimmste wäre, wenn die neue Regierung sich nach Genf begeben würde, um dort Verhandlungen über Einzelheiten des von dem englischen Außenminister entwickelten Planes zu erlangen. Der „Petit Parisien“ ist der Ansicht, daß der **Rücktritt der Reichsregierung bewiesen habe, daß ein diktatorisches Regime in Deutschland nicht möglich sei, wenn man auch nicht von ausgesprochen demokratischen Tendenzen sprechen könne. Für Hitler habe die Stunde geschlagen, seine Worte in die Tat umzusetzen.** Das „Oeuvre“ glaubt, daß durch den Regierungswechsel die bisherige politische Haltung nicht geändert werde. Der sozialistische „Populaire“ sieht in dem Rücktritt nur ein Manöver des Reichswehrministers, das darauf hinausliefe, die Unmöglichkeit der Bildung einer nationalen Einheitsregierung zu beweisen, um dann die bisherige Regierungsform, wenn auch ohne Papen, fortzusetzen.

Der englische Abrüstungs-Plan.

Deutschland wird nach Genf zurückgebeten.

Genf, 18. November. (PAT.)

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz ist gestern eigens zu dem Zwecke zusammengetreten, um das Exposé **Sir John Simons** über den Standpunkt **Großbritanniens in der Abrüstungsfrage** entgegenzunehmen. „Die Englische Regierung,“ so erklärte der englische Außenminister, **„wünscht vor allem**, daß sich die vorläufige Abrüstungskonferenz **auf die erste Etappe** beschränke, die möglichst einfache Abrüstungsmaßnahmen umfaßt. Die zweite Etappe **würde nach einigen Jahren erfolgen.** Damit man **aber diese** zweite Etappe antreten könnte, müßten die **Staaten aufrichtig** darauf verzichten, zur Erledigung **irgend welcher Konflikte** die bewaffnete Macht zu gebrauchen. Sir John Simon betonte, daß Deutschland **eine derartige** Verpflichtung annehmen müsse. Die zweite **Richtlinie des Vorschlages sei die Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und sogar des Grundsatzes, daß Deutschland das Recht zuerkannt wird, dieselben Waffenarten zu besitzen, über die die anderen Mächte verfügen. Dies bedeute nicht eine Vergrößerung der deutschen Armee.** Bei jeder Reorganisation müsse darauf geachtet werden, daß die aggressive Armeestärke nicht vergrößert werde. Was das Flugwesen anbelangt, so dürfe Deutschland ein militärisches Flugwesen nicht **besitzen.**

Nach Sir Simon ergriff das Wort der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, **Henderson**, der unter Hinweis auf die französischen und englischen Vorschläge der Meinung Ausdruck gab, daß die Anerkennung der gleichen Rechte die Grundlage zur Diskussion bilden könne. Bevor dieser Grundsatz in die Tat umgesetzt wird, müsse man sich vor allem darüber einigen, **daß die Beschränkungen der deutschen Rüstungen in einer künftigen Konvention enthalten sein werden.** Die Teilnahme Deutschlands an dieser Diskussion sei unumgänglich notwendig. Der Vorsitzende sprach die Hoffnung aus, daß die Reichsregierung ihre Delegation wieder nach Genf entsenden werde.

Der italienische Delegierte **Rosso** schloß sich den Ausführungen Hendersons an. Der Delegierte Frankreichs, **Massigli**, gab die Erklärung ab, daß **Frankreich** seine Ansichten in seiner letzten Denkschrift dargelegt habe. Er könne sich daher nur darauf beschränken, **den Text der** Denkschrift zu bestätigen und sich der durch den Vorsitzenden zum Ausdruck gebrachten Hoffnung auf die Rückkehr der deutschen Delegation nach Genf anschließen. Der Delegierte der Vereinigten Staaten, **Norman Davis**, erklärte, daß das Hauptproblem die Wirtschaftskrise sei, die zur Verringerung der Rüstungen zwinge. Sämtliche vorgelegten Vorschläge zielten darauf ab. Notwendig sei die Zusammenarbeit sämtlicher Staaten, er hoffe daher, daß sich auch die deutsche Delegation an dieser Arbeit beteiligen **werde.**

Es sprachen noch die Delegierten **Polens, Belgiens, Sowjetrußlands, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Österreichs.** Die **polnische Delegation schloß sich den Erklärungen an, nach welchen das wichtige Problem der Gleichberechtigung** binnen **kurzem den Gegenstand der Arbeiten der Konferenz zusammen mit den anderen Problemen der Organisation des Friedens bilden müsse. Die Polnische Regierung** werde **gern zu Lösungen beitragen, die die billigen Interessen sämtlicher Staaten berücksichtigen, so daß der Friede und die internationale Zusammenarbeit sichergestellt würden.**

Scharfe Kritik Tardieus

am französischen Abrüstungsplan

Paris, 16. November. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem Pertinax im „Echo de Paris“ behauptet hatte, daß der neue französische Abrüstungsplan dem Plan Tardieus vom Februar vergleichbar sei, hat der ehemalige Ministerpräsident jetzt an das genannte Blatt ein Schreiben gerichtet, in dem er 1. feststellt, daß sein Plan **die rechnerische und tatsächliche militärische Ungleichheit zwischen Deutschland und Frankreich aufrecht erhalten hätte,** die von allen Unterzeichnern des Versailler Vertrages als eine notwendige und bedingungslose Vorsichtsmaßnahme gegenüber dem Angreifer **von 1914 ausgeheckt** worden sei, 2. habe sein Plan **die allgemeinen Grundzüge der französischen militärischen Organisationen nicht geändert** und die Frage der Miliztruppen **nicht** aufgeworfen, 3. habe der Plan **vom Februar von Frankreich** aus **keine Vorschläge auf Abänderung der Verträge** enthalten. Ein derartiger Vorschlag von französischer Seite sei ohne Beispiel; denn selbst die von Frankreich angenommenen Änderungen der Tribute hätten sich nur auf Tatsachen bezogen, die in den Verträgen nicht genannt gewesen seien. Es sei zwar natürlich, daß der Plan der Regierung Herriot grundsätzlich verschieden sei von dem Plan seiner Regierung; dennoch legt Tardieu Wert darauf, daß die Öffentlichkeit sich dessen bewußt sei.

Der Brief Tardieus enthält somit eine scharfe Kritik des französischen Plans. Die parteipolitische Verschiedenheit der Beurteilung des Plans geht so weit, daß die französische Presse **sich nicht einmal über den Widerhall einig ist, den der** Plan im Auslande ausgelöst hat.

Im **„Echo de Paris“** schreibt Pertinax beispielsweise, man könne schon jetzt feststellen, daß der französische Plan keine günstige Presse habe. Der **„Petit Parisien“ stellt im Gegensatz dazu fest, daß der französische Plan mit Ausnahme** Deutschlands **im allgemeinen eine sehr sympathische Aufnahme** gefunden habe. Das **„Petit Journal“** meldet, die Mehrheit der Abordnungen der Abrüstungskonferenz sei dem Plan günstig gesonnen. Das **„Journal“** erklärt, der Einwand der deutschen Presse, **Herriot** habe der Sicherheit einen zu großen Raum gegeben, **sei das beste Lob, daß man dem französischen Vor**schlag machen **könne.** Saint Brice führt schließlich an der Hand einiger praktischer Beispiele den Abrüstungsplan ad absurdum: Alle internationalen Organisationen der Welt, schlußfolgert Saint Brice, können nicht die Notwendigkeit **ersetzen, daß man in der** Lage sein müsse, dem ersten Ansturm **selbst zu widerstehen.** Von Interesse ist schließlich **die Bemerkung der „Ere Nouvelle“,** des Blattes Herriots: **„Der Abrüstungsplan** ist nunmehr der öffentlichen **Meinung der Welt unterbreitet,** und wir warten. **Nicht, daß wir es ablehnen, zu verhandeln, nicht, daß wir sagen, er muß angenommen werden, wie er ist,** oder fallen gelassen werden, — nein, wir wollen nur wissen, ob man ehrlich weiter kommen will, und wir fordern jedes Land und jede Regierung auf, verantwortungsbewußt ohne Hintergedanken ihren Standpunkt herauszuarbeiten.“ Diese Feststellung des radikalsozialistischen Blattes ist um so interessanter, als bisher immer wieder betont worden ist, daß der französische Abrüstungsplan ein unveränderliches Ganzes darstelle und nicht etwa einen Kuchen, aus dem sich jeder seine Rosinen herausholen könne.

Die kalte Schulter.

Amerika und die Schuldenfrage.

Paris, 18. November. (PAT.) Der Korrespondent des „Paris Soir“ in Washington hat seinem Blatte ein längeres Kabel-Telegramm übersandt, in dem er mitteilt, **daß Präsident Hoover sich entschlossen habe, die Forderungen Frankreichs, Englands und Belgiens in der Frage der Hinausschiebung des Zahlungstermins für die am 15. 12. fälligen Schulden nicht in Betracht zu ziehen.** Es sei, so betont der Korrespondent, wahrscheinlich, daß Hoover nach der Verständigung mit Roosevelt die interessierten Regierungen auf diplomatischem Wege von dem gefaßten Beschluß informieren und die erwähnten Regierungen gleichzeitig davon benachrigen werde, daß er den Kongreß zum 4. Dezember einberufen werde zur abermalagen Einsetzung einer parlamentarischen Kommission, die sich mit der Frage der interalliierten Schulden zu beschäftigen hätte.

Vor neuen Kämpfen in der Mandschurei.

Tokio, 18. November. (Eigene Drahtmeldung). Der nord-mandschurische Aufständischen-General, Supingwan, hat alle japanischen Vermittlungsversuche ausgeschlagen. Er hat durch den russischen Außenkommissar Karachan der Japanischen Regierung mitteilen lassen, daß er die in Dauria versammelte japanische Abordnung, die mit ihm über einen Waffenstillstand verhandeln wollte, nicht empfangen werde. Auch die Vermittlungs-Angebote des Bürgermeisters von Tsitsikar blieben erfolglos. Die Lage für die Japaner ist daher äußerst schwierig. Obwohl ein japanischer Angriff auf Mandschuria wahrscheinlich das Leben von 250 japanischen Geiseln, unter denen sich der japanische Konsul und mehrere Beamte befinden, gefährden würde, scheinen die japanischen Behörden jetzt einen Vernichtungsfeldzug gegen Supingwan zu planen. Von Tokio und Tintschau werden Verstärkungstruppen nach Tsitsikar in Marsch gesetzt.

Republik Polen.

Zaleski — Präsident der Handelsbank.

Nach Meldungen der gestrigen Warschauer Abend-Presse soll der ehemalige polnische Außenminister, August Zaleski, zum Präsidenten der Handelsbank in Warschau ernannt werden. Dieses Amt ist seit dem Ableben des Grafen Stanislaw Lubomirski verwaist. Der Posten, den Herr Lubomirski im „Lewjatan“ dem Verbande der polnischen Großindustriellen eingenommen hat, soll der ehemalige polnische Generalkommissar in Danzig, Dr. Strasburger, übernehmen.

Wieder drei Todesurteile vollstreckt.

Brest am Bug, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) In Wolkowysk hat vor dem Standgericht eine Verhandlung gegen drei Personen stattgefunden, die unter der Anklage des Raubmordes standen. Alle drei Angeklagten wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Da der Staatspräsident von seinem Gnadenrecht nicht Gebrauch machte, wurde das Urteil heute vollstreckt.

Aus anderen Ländern.

Besorgnis um Macdonald.

Aus London wird gemeldet:

Der Gesundheitszustand Macdonalds gibt in der letzten Zeit wieder zu großen Besorgnissen Anlaß. Seine Freunde drängen in ihn, sich eine längere Erholungspause zu gönnen, da er sonst die Überanstrengung des Nervensystems nicht aushalten werde. Während bisher lediglich das Augenleiden des englischen Premierministers erwähnt wurde, melden die Blätter jetzt, daß sich bei Macdonald öfter kurze Zustände von Gedächtnisschwäche häufen, die auf Überarbeitung zurückzuführen sind. Sein allgemeiner Gesundheitszustand ist jedoch gut.

Ermordung des Gouverneurs von Spanisch-Guinea.

Der Generalgouverneur von Spanisch-Guinea an der westafrikanischen Küste wurde auf der Insel Annabom von einem Sergeanten der Kolonialtruppe ermordet.

Vermutlich handelt es sich um einen Racheakt, da der Sergeant wegen einer angeblichen persönlichen Beleidigung schon mehrfach Drohungen gegen den Gouverneur ausgestoßen hatte.

Es wird weiter gerüstet!

Der erste seit der Ratifizierung des Londoner Flottenabkommens vollendete amerikanische 10 000-Tonnen-Kreuzer wurde am Mittwoch auf der Marinewerft von Philadelphia in Dienst gestellt. Der Kreuzer, der den Namen „Indianapolis“ trägt, ist mit 8-Zoll-Geschützen bestückt. Er stellt ein Muster modernster amerikanischer Schiffbautechnik dar. Zehn weitere Kreuzer der gleichen Bauart sind im Bau, bezw. ihre Kiellegung ist bereits beschlossene Sache.

Bekenntnis.

Ich bin ein unglückselig Rohr:
Gefühle und Gedanken
seh rechts und links, zurück und vor
in jedem Wind ich wanken.

Da liegt nichts zwischen Sein und Tod,
was ich nicht schon erflehte:
Heut bitt ich um des Glaubens Brot,
daß morgen ich's zertrete;

Bald ist's im Herzen kirchenstill,
bald schäumt's wie Saft der Reben,
ich weiß nicht, was ich soll und will; —
es ist ein kläglich Leben!

Dich ruf ich, der das Kleinste du
in deinen Schutz genommen,
gönn meinem Herzen Halt und Ruh,
Gott, laß mich nicht verkommen;

Leih mir die Kraft, die mir gebricht,
nimm weg, was mich verwirret,
sonst lösch es aus, das Flackerlicht,
das über Sümpfe irret!

Theodor Fontane.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 18. November.

Trocken und beständig.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet trockenes und beständiges Wetter bei weiter sinkenden Temperaturen an.

Aus einer Familien-Chronik.

Zu den beschaulichsten und zugleich lehrreichsten Studien gehört die Vertiefung in die Geschichte der eigenen Familie. Der Adel weiß über seine Ahnen in der Regel besser Bescheid als der Bürgerliche, und doch gibt es Chroniken von Bürgerfamilien, die auf die Frage nach dem „Woher?" eine ausführliche Auskunft zu geben wissen. In unseren Tagen, die das Familienleben vielfach zerstören, oder doch in den Hintergrund drängen möchten, ist auf der anderen Seite — gewissermaßen als Reaktion auf diese Erscheinung — der Sinn für die Familie wieder lebendig geworden und damit auch der Sinn für die Familienchronik. Die Historische Gesellschaft in Posen hat sich um die Erforschung der alten Posener Geschlechter, die noch heute in unserer Heimat vertreten sind, große Verdienste erworben. Uns sind eine ganze Anzahl von Familien bekannt, die ihre Ansässigkeit im Posener Land bis auf die Zeit des dreißigjährigen Krieges zurückführen können. Darüber hinaus versagen zumeist die Urkunden, die bei jenen Wirren in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts auch im Reich zumeist vernichtet sind. Aber auch wer nicht so weit in die Vergangenheit zurückwandern, wer nur die 16 Ahnen seiner Stammtafel bezeichnen kann, wird für diese Kenntnis reich belohnt. Er begreift, wie sich aus dem Blut dieser acht Väter und acht Mütter, aus dem Zueinanderkommen der verschiedenartigsten Familien sein eigenes Selbst zusammensetzt, und plötzlich erkennt er vielleicht an seinen Kindern, die ganz anders geartet erscheinen als die Eltern, daß irgendein alter Ahn in diesem jungen Leben wieder Auferstehung findet, ein alter längst begrabener Vorfahre, der mit allen seinen Wünschen, Vorzügen und Fehlern wieder ganz lebendig über die Schwelle tritt. Ein bekannter deutscher Schriftsteller hat der Ahnenkunde nachgesagt, daß ihr Hauptwert in der Erziehung zur besseren Auswahl des Ehegatten liegt. Auch das ist richtig. Wer seine Vorfahren auf allen Zweigen und Ästen eines großen Stammbaums sitzen sieht, der möchte nicht gern, daß der eigene Zweig schlechte Triebe und Blüten treibt. Die Besinnung auf die Vergangenheit ist die beste Vorbereitung für eine Besinnung auf die Zukunft.

Vor uns liegt die Chronik der Familie Bauer in Nakel, deren erster bekannter Ahnherr im Jahre des Friedensschlusses von Münster und Osnabrück (1648) als Oberamtmann im Amte Regen im damaligen Herzogtum Württemberg ermittelt werden konnte. Sein Sohn ist als Soldat im ganzen Reich herumgekommen und wurde zuletzt, nach dem Überfall bei Hofkirch im Siebenjährigen Kriege (1758) nach dem Seestädtchen Stepenitz bei Stettin als Akzise-Inspektor entlassen. Er hat nicht weniger als 12 Kinder gehabt, von denen ein Sohn unmittelbar nach der ersten Teilung Polens (1772) als Salz-Inspektor — es gab damals ein staatliches Salz-Monopol — nach Nakel versetzt wurde. Seit diesem Jahre — also seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten — sind die Bauers als angesehene Kaufleute in Nakel seßhaft gewesen. Die Familie kann also in Nakel ihr 160jähriges Ortsjubiläum feiern. Sie hat sich weit verzweigt; denn anfangs wurden ihr 12, dann 9, dann 7 Kinder in jeder Generation geschenkt (von denen freilich, wie das bei den kinderreichen Familien früher oft der Fall war, ein hoher Prozentsatz bald nach der Geburt gestorben ist). Auch viele Krankheiten hat es gegeben, zu deren Abwehr man besonders gern das Ostseebad Kahlberg aufsuchte. Viele Töchter haben in bekannte Familien des Netzegaus hineingeheiratet, die noch heute hier vertreten sind; aus anderen Geschlechtern mit bekannten Namen haben die Söhne des Hauses ihre Frauen geholt. Berühmte Prediger, die einmal in Nakel amtierten, haben in der Familie getauft, getraut, und vor dem alten Erbbegräbnis auf dem Friedhof Trauerreden gehalten. Es hat in der Familie wie überall aufrechte Männer, arbeitsame Frauen und auch sonderliche Käuze gegeben, über die sich in einem Fall der Chronist mit besonderer Betonung ausgeschwiegen hat. Es gab Feuersbrunst und andere Not, es gab auch Zwillinge und anderes Glück. Dies alles und noch viel mehr ist in der alten Chronik zu lesen.

Jetzt ist unter den Namensträgern der Familie Bauer nur noch ein alter Herr in Nakel zurückgeblieben, der Kaufmann Wilhelm Karl Oscar Bauer, der am 9. Juni 1855, morgens 8 Uhr geboren und im Juli durch den nachmaligen Oberhofprediger und Dichter Dr. Koegel getauft worden ist. Er feiert heute, am 18. November, mit seiner Ehefrau Luise geb. Dudy, einer Tochter des Rittergutsbesitzers Karl Dudy aus Sartschin bei Exin, die goldene Hochze'it. Auch die Familie Dudy hat ihre Familien-Chronik, die sie bis auf das Jahr 1772 zurückführen kann, wo sie in Vorpommern verbreitet gewesen ist. Früher haben die Dudys regelmäßig Familientage abgehalten. Das hat wohl jetzt aufgehört; aber an diesem goldenen Hochzeitstage geben sich alle guten Geister der beiden altansässigen Familien unserer Heimat ein Stelldichein, und die Chronik hilft dazu, daß man sie erkennt. Möchten auch andere Geschlechter sich um diese Kenntnis eifriger bemühen. Die langen Winterabende geben dazu eine günstige Gelegenheit und die alten Großmütter und Tanten sollte man nach dem „Woher?" des eigenen Weges ausfragen, bevor sich ihr Mund schließt und sie zu ihren Vätern versammelt werden.

---

§ **Scharfschießen** veranstaltet am 21. und 23. d. M. das 61. Infanterie-Regiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

§ **Eine Tagung der Gas- und Wasser-Fachleute** fand am 15. und 16. d. M. in Bromberg statt, zu der Vertreter der städtischen Gas- und Wasserwerke aus den Gebieten der Wojewodschaften Schlesien, Posen und Pommerellen sehr zahlreich erschienen waren. Es wurden mehrere Vorträge gehalten, an die sich lebhafte Aussprachen anschlossen. Die Teilnehmer der Tagung besichtigten die hiesige Gasanstalt, das Wasserwerk, die Rieselfelder, die staatliche Gewerbeschule und einige Fabrikunternehmen.

§ **Ein tödlicher Unfall ereignete sich am gestrigen Nachmittag auf dem hiesigen Bahnhof. Durch den um 19.04 hier einlaufenden Personenzug aus Inowroclaw wurde der 41jährige Eisenbahner Jan Wczesniak aus Posen überfahren und getötet. Wie die Untersuchung ergeben hat, kam W. am Mittwoch abend mit einem Posener Zuge nach Bromberg und sollte am nächsten Morgen 6.20 Uhr wieder nach Posen fahren. In der Nacht hatte er jedoch zu viel Alkohol zu sich genommen und wurde am Morgen des nächsten Tages wegen Lärmens auf der Straße von der Polizei festgenommen. Gegen 2 Uhr nachmittags entließ man dann den Verhafteten. Um 4 Uhr nachmittags wurde er noch einmal in den Straßen Brombergs gesehen. Nach dem Einlaufen des oben genannten Zuges waren einige Eisenbahnbeamte gegen 17.30 Uhr mit dem Anhängen einiger Wagen beschäftigt, wobei sie auf den Gleisen eine schrecklich verstümmelte Leiche entdeckten. Da der Tote keinerlei Ausweispapiere bei sich hatte, war eine Identifizierung der Leiche zunächst unmöglich. Erst ein zufällig anwesender Chauffeur aus Gnesen erkannte in dem Toten den Eisenbahner W. aus Posen. Wie die Untersuchung ergeben hat, hatte der Getötete weder die Uhr noch andere Wertsachen, die man ihm nach der Entlassung aus dem Arrestlokal ausgehändigt hatte, bei sich. Ob ein Selbstmord oder ein Unfall vorliegt, wird die weitere Untersuchung ergeben.**

§ **Wer ist der Besitzer?** Im Städtischen Amt für öffentliche Ordnung, Burgstraße (Grodzka) 25 befindet sich eine Damenhandtasche, die gefunden wurde. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich im genannten Amt, Zimmer 21, melden.

§ **Und immer wieder Fahrraddiebstähle.** Der Prinzenhöhe (Lubelska) 26 wohnhafte **Peter Kaminski** meldete der Polizei, daß man ihm aus einem Hausflur ein Fahrrad im Werte von 80 Zloty gestohlen habe. — Bernhard Miązkowski, Bergkolonie (Chołoniewskiego) 5, wurde ein Fahrrad entwendet, das er in der Pfarrstraße (Jezuicka) unbeaufsichtigt hatte stehen lassen. — Das gleiche Schicksal ereilte den in Grochol, Kreis Bromberg, wohnhaften Rudolf Krüger. Ihm stahl ein unbekannter Dieb ein Fahrrad, das Krüger vor der Starostei stehen gelassen hatte. In allen Fällen konnten die Diebe mit ihrer Beute entkommen.

§ **Ein teures Schläfchen** machte ein Bewohner des Hauses Ziegeleistraße (Jary) 10. Er war in einem Lokal der Posenerstraße eingeschlafen und mußte beim Erwachen die traurige Feststellung machen, daß man ihm unbemerkt 68 Zloty aus der Tasche gezogen hatte.

§ **Auf dem Postamt bestohlen** wurde gestern vormittag der Warschauer Fabrikbesitzer Adolf Kohn. Er war mit dem Ausschreiben einer Postanweisung beschäftigt und hatte eine Geldtasche mit 2000 Zloty Bargeld und Schecks und Wechseln im Gesamtwerte von 5000 Zloty neben sich auf dem Schreibpult liegen. Er verließ dann das Postamt und vergaß seine Geldtasche. Als er nach wenigen Augenblicken wiederkehrte, war sie natürlich verschwunden. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

§ **Vom Wagen gestohlen** wurde dem Landwirt Kazimierz Gorzejowski aus dem Kreise Bromberg ein Paket mit Zigaretten und Tabak im Werte von 50 Zloty.

§ **Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages neun Personen wegen Diebstahls, zwei wegen Trunkenheit und eine wegen Schmuggelns.

---

v **Argenau** (Gniewkowo), 17. November. Der heutige Wochenmarkt war gut besucht und reichlich beschickt. Man zahlte für Butter 1,40—1,60, für Eier 1,60—1,80 die Mandel und Eßkartoffeln 2—2,50 pro Zentner. Läuferschweine brachten 36—40 Zloty das Stück und Absatzferkel 24—28 Zloty das Paar.

q **Gnesen** (Gniezno), 17. November. In Gnesen findet am 21. und 22. d. M. Pferdemarkt, am 23. November Vieh- und Pferdemarkt statt. — Gestohlen wurden St. Barciszewski, Bahnhofstraße 2, aus einem Schuppen vier Eimer Marmelade. — Diebe drangen während der Abwesenheit in die Wohnung des Josef Kajzer ein und stahlen ein Paar Schuhe, eine Brieftasche und ein Militärbuch. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Ein Schwein gestohlen und geschlachtet wurde dem Besitzer Owczażak in Smolary in einer der letzten Nächte.

z **Inowroclaw**, 18. November. Wieder ein Überfall. Am letzten Sonnabend wurde der ehemalige Steuerbeamte Czesław Kaźmierski aus Strelno in den Morgenstunden von zwei Männern überfallen und in die Tür eingeklemmt, wobei sie ihm derart heftige Stöße versetzten, daß er besinnungslos zusammenbrach. Auch die Mutter des K. wurde an dem gleichen Tage überfallen und in unerhörter Weise mißhandelt.

ß **Posen** (Poznań), 17. November. Die gestrige Stadtverordnetensitzung hatte sich erneut mit der Beratung eines stark geminderten Stadthausvoranschlags für das laufende Rechnungsjahr zu befassen, nachdem der erste Voranschlag von der Wojewodschaft nicht genehmigt und ein beim Innenministerium gegen die Nichtbestätigung eingelegter Einspruch abgelehnt worden war. Der neue Stadthaushaltsvoranschlag brachte gegenüber dem ersten eine Senkung der Ausgaben und Einnahmen um zusammen 2 536 206 Zloty. Vor dem Beginn der Beratung teilten die Kommunisten mit, daß sie ihren Genossen Jasiński zur Niederlegung seines Stadtverordnetenmandats gezwungen hätten. Die Geschäftszeit für Speisewirtschaften, Konditoreien und Kaffeehäuser wurde vom 1. Januar 1933 ab für die 1. Kategorie von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr nachts, für die 2. Kategorie auf 1 Uhr nachts und für die 3. Kategorie auf 12 Uhr nachts festgesetzt. Bei der Beratung des Stadthaushaltsvoranschlags plädierte Stadtv. Adamek für eine Herabsetzung der Gehälter der Magistratsmitglieder. Beim Kapitel Schuldendienst stellten die Kommunisten frank und frei den Antrag, die Schuldenzahlungen ganz einzustellen und verließen, als der Antrag abgelehnt wurde, nicht zum Leidwesen der übrigen Stadtverordneten, die Versammlung. Im ganzen kam die Beratung, die im übrigen in großer Harmonie vonstatten ging, auf Verkürzungen sämtlicher Etatsausgaben in Höhe von 2 536 206 Zloty hinaus. Mit dieser Herabsetzung wurde der Voranschlag angenommen. — Auf den Wiesen an der fr. Kiebitzstraße in Wilda vergiftete sich gestern abend aus unbekannter Ursache die 20jährige Pelagia Domańska. Sie starb bei ihrer Überführung in das Stadtkrankenhaus. — Der 25jährige Wächter Stefan Waligóra, der in der Grätzerstraße eine Villa bewachte, wurde von mehreren mit Stöcken bewaffneten Personen so übel zugerichtet, daß er mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen davontrug. — In der fr. Herderstraße wurde eine Kindesleiche weiblichen Geschlechts gefunden. — Im Hause der fr. Hedwigstraße 19 brach in der Werkstatt von Tadeusz Miklas infolge Überheizung eines Ofens ein Balkenbrand aus, der von der Feuerwehr bald gelöscht wurde. — In der fr. Friedrichstraße wurde eine Wanda Marjańska durch einen von einem Baugerüst herabfallenden Gegenstand schwer verletzt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz**, 18. November. (PAT) Gestern brach ein Großfeuer in einer Färberei in der Brzezińskistraße 50 aus. Das Feuer war in der ersten Etage des dreistöckigen Gebäudes entstanden, und hatte im Laufe von etwa 20 Minuten das gesamte Fabrikgebäude erfaßt. Trotzdem acht Löschzüge an der Brandstelle erschienen waren, griff das Feuer auf die benachbarten Fabrikgebäude über und gefährdete auch ein von Arbeitern bewohntes Haus. Eine Giebelwand des durch das Feuer vernichteten Gebäudes stürzte ein und verschüttete zwei gegenüberliegende kleine Holzhäuser. Glücklicherweise wurde niemand der in den beiden Häusern wohnenden 14 Familien verletzt. Der Brandschaden beträgt etwa 800 000 Zloty.

Kleine Rundschau.

Zwei Jahre Urwaldforschung in Celebes.

Zehntausend Dollar hatten Gönner des „American Museum of Natural History" in Newyork für eine zoologische Forschungsreise nach Celebes ausgesetzt. Dort sollte das bisher von keinem Zoologen betretene Latimodjongebirge, die 3500 Meter hohe höchste Erhebung der Insel erforscht werden, und ferner galt es, eine außerordentlich seltene, seit einem Menschenalter verschollene Rallenart zu erbeuten, die in dem fast lückenlosen Bestand des berühmten Museums noch fehlte. Die Lösung der ehrenvollen, aber ungemein schwierigen Aufgabe, diesen sagenhaft gewordenen Vogel wieder aufzuspüren, fiel dem deutschen Zoologen Gerd Heinrich zu, einem Gutsbesitzer aus Pommerellen.

Im März 1930 ging er in See in Begleitung seiner Gattin und Schwägerin, die als Präparatorinnen alle Mühsale und Strapazen der Expedition mit erduldeten. In den verschiedensten Urwäldern, Hochgebirgen und Sumpfgebieten von Celebes und Halmaheira arbeiteten die tapferen Forscher fast anderthalb Jahre hindurch in ununterbrochenem Regen. Sie litten schwer unter den Krankheiten der Tropen, machten Typhus, Malaria und Sumpffieber durch und wurden in der schwülen Feuchtigkeit des Tropenwaldes von schwerem Rheuma befallen. Das erste Expeditionsjahr brachte die Entdeckung zahlreicher bisher unbekannter Vogel- und Säugetierarten, aber noch keine Spur von der verschollenen Ralle. Fast nackt wie ein Eingeborener durchstreifte Heinrich auf der Suche nach ihr die undurchdringlichsten Sümpfe. Erst gegen Ende der ungeheuer strapazenreichen Expedition fand er in den sumpfigen Waldgebieten von Südostcelebes die ersten sicheren Anzeichen von dem Vorhandensein des Vogels, der im Januar 1932 dann tatsächlich aufgefunden wurde. Die beiden jungen Frauen haben im Verlauf der Expedition unter den schwierigsten Umständen eine außerordentlich reiche und wertvolle wissenschaftliche Ausbeute fachmännisch präpariert und damit im Dienste der Wissenschaft eine Rekordleistung vollbracht.

Ein neuer Sicherheitsfallschirm.

Zwei Bamberger Konstrukteure haben beim Reichspatentamt einen neuen Sicherheitsfallschirm angemeldet, nachdem die Versuchsanstalt das neue Modell auf seine Tauglichkeit geprüft hatte. Am Rande des Fallschirms sind taschenartige Säcke angebracht, die durch elastische Spreizglieder geöffnet werden. Beim Fall dringt die Luft in die Säcke ein, und die Säcke bewirken die Öffnung des Fallschirmes. Ein Versagen soll bei diesem Modell völlig ausgeschlossen sein.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 18. November 1932.

Krakau — 2,94, Zawichost + 0,88, Warschau + 0,92, Plock + 0,81, Thorn + 0,83, Fordon + 0,90, Culm + 0,75, Graudenz + 1,01, Kurzebrak + 1,21, Pieckel + 0,48, Dirschau + 0,42, Einlage + 2,16, Schiewenhorst + 2,68.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 266.

Es hat Gott in seinem unerforschlichen Ratschluß gefallen, am 16. November nach einer Krankheit von wenigen Tagen meine liebe Frau, die Mutter unserer vier Kinder,

Frau Auguste Taschner

geb. Genz

im Alter von 40 Jahren heimzurufen.

Dies zeigt in tiefem Schmerz an

Emil Taschner.

Samotschin (Szamocin), den 17. November 1932. 9138

Die Beerdigung findet am Totensonntag um ½2 Uhr nachmittags vom Trauerhause aus statt.

Am 17. d. Mts. verstarb nach langen Leiden unsere Ehrenvorsitzende

Frau Fanny Israelowicz

Sie hat dem Vorstand unseres Vereins seit seiner Gründung angehört und hat viele Jahre hindurch sich in Liebe und mit großem Verständnis unserer Insassen angenommen, bis fortschreitendes Alter ihr eine weitere aktive Tätigkeit unmöglich machte. Bis zu ihrem Tode aber hat ihr Herz unserer Sache gehört.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Bydgoszcz, den 17. November 1932. 4313

Vorstand und Insassen des Jüdischen Altersheims.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Vereins-Mitglieder vom Tode unseres lieben Bundesbruders 9142

i. a. B. **Siegmund Lidke**

geziemend in Kenntnis zu setzen.

Durch sein offenes und bescheidenes Wesen, wie auch durch seine Treue und sein opferwilliges Pflichtbewußtsein hat er sich ein bleibendes Andenken bei allen Vereins-Mitgliedern gesichert.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Krakau, im November 1932.

Der Verein Deutscher Hochschüler zu Krakau.

Mit deutschem Gruß!

Kirchenformulare

Verzeichnis auf Wunsch 9169

A. Dittmann T. z o. p., Bydgoszcz

Tel. 61 — Marsz. Focha 6

Kirchenzettel.

Sonntag, d. 20. Nov. 1932. Totensonntag

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Bromberg. Paulskirche. Vormitt. 10 Uhr Sup. Aßmann*, der Kindergottesdst. fällt aus, nachm. 3 Uhr Friedhofsandachten, Alter Friedhof Sup. Aßmann, Neuer Friedhof Pfr. Wurmbach, 5 Uhr Enthüllung der Gedächtnistafeln für die Gefallenen, Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehause, Pfr. Hesekiel.

Evangl. Pfarrkirche Vorm. 10 Uhr Pfr. Hesekiel*, der Kindergottesdst. fällt aus, Dienstag, abds. 8 Uhr Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vorm. 10 Uhr Pfr. Wurmbach*, 11½ Uhr Kindergottesdienst, Montag, abds. 8 Uhr Übungsstunde des Kirchenchors, Dienstag, abds. 8 Uhr Vereinsstunde des Jungmänner-Vereins.

Luther-Kirche. Frankenstraße 44. Vorm. 10 Uhr Gottesdst.*, 12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 2½ Uhr Feier auf dem Friedhof Linienstr., 3½ Uhr Jugendbundstunde, 5 Uhr Erbauungsstunde, Dienstag abds. 7 Uhr Frauenhilfssitzung, Donnerstag, abds. 7½ Uhr Bibelstunde.

Kl. Bartelsee. Vormitt. 11 Uhr Festgottesdienst*, der Kindergottesdienst fällt aus, Dienstag, ab. ½8 Uhr Jungmännerversammlung.

Schröttersdorf. Vorm. 9 Uhr Festgottesdienst*, Mittwoch, nachm. ½5 Uhr Frauenhilfe, abdds. ½8 Uhr Singen.

Schleusenau. Vormitt. 10 Uhr Festgottesdienst*.

Ev.-luth. Kirche. Posenerstr. 25. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst, Freitag, abds. 7 Uhr Adventsgottesdienst.

Neuapostolische Gemeinde, Sniadeckich 40. Vorm. 9½ Uhr Gottesdst., nachm. 3½ Uhr Gottesdienst, Mittwoch, abends 8 Uhr Gottesdienst.

Baptisten-Gemeinde. Kinkauerstr. 41. Vormittag ½10 Uhr Gottesdst., Pred. Becker, 11 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Gottesdienst, Pred. Becker, ½6 Uhr Gemeindeverslg., Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Landeskirchliche Gemeinschaft. Marcinkowskiego (Fischerstraße) 3. Vorm. 8¾ Uhr Gebetstunde nachm. 2 Uhr Sonntagsschule, 3½ Uhr Jugendbund, 5 Uhr Evangelisat., Pred. Gnauk, Mittwoch, ab. 8 Uhr Bibelstunde, Pred. Gnauk.

Evangelische Gemeinschaft, Töpferstr. (Zduny) 10 Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, nachm. 2½ Uhr Sonntagsschule, 4 Uhr Jugendverein, abds. 8 Uhr Predigt, Pred. Wede, Montag, ab. 8 Uhr Singstd., Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde.

Lochowo. Nachm. 2 Uhr Pfr. Hesekiel*.

Cielle. Nachmitt. 3 Uhr Gottesdienst.

Kruschdorf. Nachm. 3 Uhr Festgottesdienst*.

Schulitz. Nachm. ½3 Uhr Gottesdst.*, Mittwoch, ab. 6 Uhr Bibelstunde.

Otteraue-Langenau. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst*.

Grünkirch. Vorm. 10 Uhr Festpredigt.

Elsendorf. Vormittag 10½ Uhr Gottesdienst*.

Ronek. Vorm. 8 Uhr Gottesdienst*.

Złotniki-Kuj. Nachm. 2½ Uhr Gottesdienst*.

Osielsk. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst*.

Weichselhorst. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst*.

Wtelno. Vorm. 10½ Uhr Kindergottesdienst, nachm. 2 Uhr Gottesdienst*.

Nakel. Vormittag 8 Uhr Gottesdienst* in Sadke, 10½ Uhr Gottesdienst*, nachm. 3 Uhr Andacht in der Friedhofskapelle, Dienstag, abds. 7½ Uhr Missionsnähverein, Donnerstag, keine Bibelstunde.

Kacheln

weiß u. farbig

Transportable Kachelöfen

Eis. Herde

billigste Preise große Auswahl. 8719

O. Schöpper, Bydgoszcz, Zduny 9.

Heirat

2 **bessere Mädel,** lust. u. fidel, s. **gleiche Herren** näh. Bekanntschaft zw. **sp. Heirat.** Off. m Bild u. A. 4304 a. d. Geschst. d. Z.

Einheirat

bietet sich f. dtsch.-evgl. Landwirt a. 100 Morg Nur Herren mit festem Charakt., gesetzt. Alter u. entsprech. Vermögen komm. i. Frage. Diskr. Ehrensache. Bildoffert. unter **W. 9155** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Geldmarkt

Suche **1000 Złoty** zu borg. auf 1—2 Jahre geg. hohe Zins. 10-fache Sicherh. Off. u. D. 4314 an die Geschst. d. Zeitg.

Offene Stellen

Sehr wenig beschäftigt.

Arzt

für bestimmte Zwecke **gesucht.** Offerten unt. **B. 9149** a. d. Geschst. d. Z.

W tut. rejestrze spółdzielni pod nr. 35 odnośnie do firmy

Deutsche Volksbank

spółdz. zap. z ogr. odpow.

w Bydgoszczy filja w Chełmnie

wpisano co następuje:

Uchwałą walnego zebrania z dnia 9-go maja 1931 r. zmieniono §§ 1, 2, 5, 6, 8, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28 statutu. 9175

Chełmno, dnia 7-go listopada 1932 r.

R. Sp. 35. **Sąd Grodzki.**

Stoffe für Damen- und Herrenbekleidung reell, gut und preiswert

Nur bei KUTSCHKE

Inhaber: **Fritz Steinborn** 8512

Tel. 1101 Bydgoszcz Gdańska 3.

Zum Totenfest empfiehlt große Auswahl

Kränze, Sträuße, Kreuze zc.

zu bekannt **billigen Preisen** 8943

H. Wetzker, Blumen-Gesch. Długa 7(41) Telef. 1013.

Gesucht zum 1. 1. 1933 tüchtiger, unverheirat.

Gärtner.

Lebenslauf u. Zeugnisabschrift. nur schriftlich zu senden an 9153 Frau **Dirksen, Borkowo** p. Morzeszczyn. Pom.

Bäckergeselle

kann sofort oder später eintreten. 9152

Fr. Kowalski, Działdowo, Pomorze.

Für mein Kolonial- u. Eisenwarengesch. suche zum 1. 12. 9095

einen Lehrling

aus gutem Hause. Gute Schulkenntnisse erford. Freie Stat. im Hause.

R. Horstmann. Jabłonowo, Pom.

Verkäuferin

jüngere, für Konfitür.-Geschäft, der poln. und deutsch. Sprache mächt., per sofort gesucht. Off. mit Gehaltsansprüch., Zeugnisabschriften u. Bild unter **S. 9137** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Suche junge, freundl.

Binderin

in angenehm. Stellung. Offerten unter **U. 9147** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Für größeren ländlich. Haushalt tücht., evgl.

Wirtin

die gut kochen kann, sofort gesucht. Bewerb. u. Gehaltsansprüche an **Aßmann,** Mühlenbesitzer, **Kobylin,** pow. Krotoszyn. 9151

Sauberes, ehrlich., kath.

Mädchen

mit gut. Kochkenntnissen **suche** per sofort. Angeb. mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschr. erb. Frau **E. Holm, Działdowo,** 9140 Dworcowa 12.

Evangelisches, ehrliches

Mädchen

das melken kann, z. 1. 12. gesucht. Angebote mit Lohnanspruch an **A. Mielke, Starogard,** 9150 ul. Okrężna 17.

Stellengesuche

Landw. 1. Beamter, Oberschlesier, 33 Jah., verh., 16 Jahre Praxis, mit langjähr. Zeugn., energ. u. nücht., an strenge Tätigkeit gew., in der jetzigen ungek. Stell. 8 Jahre tätig, sucht vom 1. 4. 33 od. früh. mögl. selbständige Stellung. Off. u. D. 9004 a. d. Geschst. d. Zt.

Zahle 500 zł

wer tüchtigen, verh. Landwirt bescheidene Stellung gibt. Off. u **B. 9134** a. d. Geschst. d. Z.

Suche für meinen 9131

jungen Mann

welcher in meiner Drogerie und Eisenwarenhandlung am 1. 7. d. Js. seine dreij. Lehrzeit beendet hat und den ich bestens empfehl. kann,

eine Stelle

Otto Dziomba, Miasteczko nad Not.

Junger Kaufmann

19 J. alt, der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, in der Eisenwaren-Branche Engros tätig gewesen, **sucht Stellung** von sof. od. spät. bei gering. Gehaltsansprüch. Gefl. Zuschriften unter **U. 4294** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Müllermeister

kautionsfähig, von der Picke auf theoretisch u. praktisch durchgebildet, in Mühlen von 25 To. als selbständ. Betriebsleiter tätig gewesen, **sucht,** gestützt auf gute Zeugnisse, v. **sofort** oder **später** anderw. **Stellg.** Offerten unter **Nr. 9164** an die Ann.-Expedition **E. Caspari, Swiecie n. W.,** erbeten.

Erfahr. Müller

verh., 35 J. alt, 1 Kind, **sucht** f. bald oder später **Dauerstellung** in einer Großmühle a. 1. **Walzenführer** oder in einer kl. Mühle als **Obermüller.** Derselbe ist mit sämtl. Müllereimasch. vertr., Walzenriff., M.-Stein-Beleg., kl. Reparat. und Umb. **Bish.** in ungek. Stell. in 25-To.-Mühle als Obermüller. Gefl. Zuschriften unt. **R. 9135** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Tüchtiger, erfahrener

Gärtner

unverh., **sucht** v. sofort od. später **Stellung** in Guts- od. Handelsgärtnerei. Off. unt. **B. 4305** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Bäckergeselle

Weißbäcker und Pfefferküchler sucht Stellung.

Off. u. **T. 9139** a. d. G. d. Z.

Junge, evangelische

Kindergärtnerin

in ein. Danzig. Seminar ausgebild., poln. kann, schon in Stellung war u. sehr gute Zeugnisse besitzt, **sucht** ab 1. 1. 1933 **Stellung** in nur besser. Hause zu Kindern bis 7 Jahren. Freundl. Angebote unt. **C. 9168** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Aelteres Mädchen v. Lande, sucht Stellung von sof. od. ab 1. 12. 32 als

Stubenmädchen

od. **Alleinmädchen** in der Stadt. Erfahren im Glanzplätten u. Kochen Freundl. Angebote mit Lohnangabe u. **Z. 9157** an die Geschst. d. Zeitg.

Suche Stell. als **Hausmädchen** vom 1. 1. 33. Angebote zu richten an **Meta Braun** b. **Müller, Lubcza,** poczta Sypniewo, pow. Sępólno. 4306

Suche **Tagesbeschäftigung** im Haushalt. Zu erfragen 4282 **Nakielska 2, Wohng. 4.**

Pachtungen

Gutsgärtnerei

per 1. Januar 1933 zu

verpachten

Günstiger Absatz z. See, Gewächshaus, Frühbeete u. s. w. Kaution ist zu stellen. Angeb. u. **E. 9172** a. d. Geschst. d. Z.

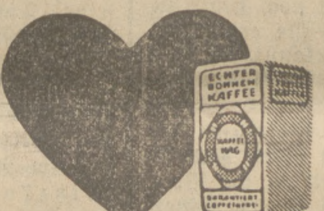


AUCH SIE . . .

täten gut, einen Versuch mit Kaffee Hag zu machen. Es ist bestimmt zu Ihrem persönlichen Vorteil und nicht zu unterschätzen für das Wohl Ihrer Familie.

Kaffee Hag, der coffeinfreie Bohnenkaffee, der unter ständiger wissenschaftlicher Kontrolle steht, bekommt Ihnen zu jeder Zeit gut und schützt Sie vor der unangenehmen, Herz und Nerven aufreizenden Wirkung des Coffeins.

Hag ist herrlicher echter Bohnenkaffee von ausgezeichneter Qualität. Nur das Coffein ist diesem Kaffee durch ein ingeniöses Verfahren entzogen, und darum können Sie Kaffee Hag auch am späten Abend trinken, ohne daß Sie Störungen in Ihrer Nachtruhe zu befürchten haben. Ein ungestörter, erquickender Schlaf, die Quelle neuer Kräfte, ist für Sie gerade jetzt besonders wichtig. Auch für Ihre Kinder ist der coffeinfreie Kaffee Hag eine vorzügliche Hilfe, wenn andere Getränke die Verdauung nachteilig beeinflussen und die Milch mit Widerwillen getrunken wird.



Jede Bohne — Qualität
Jeder Tropfen — Genuß
Jede Tasse — Gesundheit
Das ist Kaffee Hag

ZOPPOT

Freie Stadt Danzig

Internat. Kasino ⁎ Roulette ⁎ Baccara

(Staatl. konzessioniert) **Das ganze Jahr geöffnet**

Auskunft: Verkehrsbüro vom Kasino in Zoppot. 8725

An- u. Verkäufe

Landwirtschaft

b. 100 Mrg., beste Lage, Kult. u. Gebd., geg. Barzahlg. als Ruhesitz ges. Wald und Wasser erw. Angebote unter **C. 4308** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Kaufe gegen Barzahlung:

Solide gebaut. Haus

modern eingerichtet, im Stadtzentrum. Preis 80—100 000 zł. Angebote müssen sämtliche Angaben betreffs Baujahr, Kubatur, bebaute Fläche, jährliche Einnahmen und Ausgaben sowie Preis und Einnahme v. 1914 enthalten. Offerten nur von Eigentümern unter **M. 9109** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Gute

Walzen-Schrotmühle

Marke Schütz & Bethke hat billig abzugeben **Gutsverwaltung Zamarte** p. Ogorzeliny pow. Chojnice. 9148

Obstbäume und Beerenobst

in altbekannter Güte, aus eigener Baumschule **verkauft** 4231

Adams Gärtnerei u. Baumschulen

Bydgoszcz-Szretery, Żmudzka 11. Tel. 753.

Geschäftsgrundst., priv., Wohn. m 1 Mg. Gartenland (30 Obstbäume) u. kl. Fischt., 15 Minut. von Bydg., pass. f. Beamt. od. Handwerk., sof. bei Barzahlg. zu verkauf. 4155 **ul. Fordońska 46.**

Hausgrundstück

in Toruń, Wohn- u. gewerbliche Gebäude, Steuerwert 160 000 zł. Verkaufspreis 85 000 zł. Näheres: **Toruń,** Słowackiego 79. m. 2. 9144

Haus mit Garten

Vorort von Bydgoszcz, bei 3—5000 Zł. Anz. zu verkaufen. Näher. 4311 **Pomorska 10, Wohn. 1.**

Wassermahl- und Schneidemühle

m. 80 Mg. Landwirtsch., 2 Turb., je 20 PS, Strecke Schneidemühl-Landsberg. Preis 32 Mille verkäuflich. 9154

M. Sorgatz, Flatow, Grenzm. Deutschland.

Klavier geg. Kassa zu kauf. ges. Off. u. **Z. 4299** a. d. Gst. d. Ztg.

Ein gebrauchter

Rohölmotor

ca. 20 PS., zu kaufen **gesucht.** Angebote mit Beschreibung an 9115

Karl Drews

Minkowice, p. Krokowo pow. Morski.

Kamelhaar-Dreschsatz-Treibriemen, bess. Fabrikat, verk. zu herabgesetztem Preise **Bernhard Leiser Sohn, Toruń,** św. Ducha 21. Telefon 391. 9121

Riemenscheiben

jed. Größe, größ. Lager, gebe bill. jed. Posten ab **B. Linka, Nakło** n. Notecią. 4309

Möbl. Zimmer

Freundl. möbliert. **Zimmer** mit elektr. Licht z. verm. **Gdańska 89,** Wg. 4. 4310

Jung. Mann als Mitbewohner gesucht 4220 **Pomorska 3, Wohn. 4.**

Wohnungen

Wohnung, 3 bis 4 Z., m. Badezimm., in der Nähe m. Gesch. gesucht. **Janeczek,** Grunwaldzka 33. 4312

3-Zimmer-Wohng.

m. Zubeh. sof. zu verm. **Promenada 55, W. 9.** 4283

Kinderlos., ält. Ehepaar sucht **1-2-3.-Wohng.** Zu erfr. in d. Gschst. d. Z. 4307

Deutsche Bühne

Bydgoszcz T. z.

Sonntag, 20. Novbr. 32 abends 8 Uhr

Maria Stuart

Trauerspiel in 5 Aufzügen v. Friedrich v. Schiller.

Eintrittskarten wie üblich. 9133

Die Leitung.

Kino Kristal

Beginn 7 und 9
Sonntags ab 3.20
Preise von 49 gr

Sensation! Sensation! — Heute, Freitag, Premiere! Ein Spitzenfilm der Paramount der Saison 1932/33, welcher in der ganzen Welt größtes Aufsehen erregte. Der Höhepunkt menschlicher Darstellungskunst, Regie u. Ausstattung

Dr. Jekyll u. Mr. Hyde

(Das Phantom von London).

In den Hauptrollen: **Frederic March** in d. Doppel-Verw.-Rolle u. **Miriam Hopkins** Rose Hobart.

Atemraubende, inhaltsreiche Spannung. Der Höhepunkt der Technik. Ein Experimentalfilm, wie ihn das Publikum bisher noch nie gesehen hat. 9158

Beiprogramm: **Fox-Wochenschau** Ausführl. deutsche Beschreibung.

Pommerellen.

18. November.

Graudenz (Grudziądz).

Die Wahl des Stadtverordneten, Fabrikbesitzers Duday,

Mitgliedes der Deutschen Fraktion des Stadtparlaments, in den Wojewodschaftssejm am 27. Juni d. J. hat, wie seinerzeit berichtet, die Einlegung eines Protestes des Nationaldemokratischen Klubs beim Wojewodschaftlichen Verwaltungsgericht zur Folge gehabt. Der Protest ist von den Stadtverordneten Dr. Maj und Mazur unterzeichnet. Wie jetzt mitgeteilt wird, kommt die Sache in der am 29. und 30. d. M. stattfindenden Tagung der genannten Instanz zur Verhandlung.

Der „Dzień Grudziądzki“ spricht in seiner Notiz, in der er von der eben angeführten bevorstehenden Erledigung der Angelegenheit Mitteilung macht, von der „skandalösen Wahl des Deutschen Duday durch die Graudenzer Stadtverordneten-Versammlung als Mitglied des Wojewodschaftssejms“. Einen einzigen Deutschen in der ganzen Wojewodschaft Pommerellen in den Provinziallandtag zu wählen, ist für das Blatt also ein — Skanal. Gibt es eine abwegigere Auffassung des Begriffs von Recht und Gerechtigkeit? Was würde das Blatt sagen, wenn drüben, im so gern als „barbarisch“ bezeichneten Deutschland aus Anlaß der Wahl eines Polen in einen Provinziallandtag die deutschen Kollegen des Gewählten eine solche Stellungnahme oder deutsche Zeitungen die Sache derartig behandelten? Aber wenn zwei dasselbe tun .... *

× **Zu einem Brande** wurde Mittwoch abend 10.10 Uhr die Freiwillige Feuerwehr gerufen, und zwar nach dem Scheierschen Friseurladen, Grabenstraße (Groblowa) Nr. 38. Dort hatten sich vom Ofen aus ein Windschirm sowie ein in der Nähe stehender Tisch entzündet. Die Wehr konnte das Feuer in zehn Minuten unterdrücken. Der Ladeninhaber erleidet aber trotzdem einen empfindlichen Schaden. *

× **Einen Schuß ins Bein** erhielt bei einem Streit mit einem ihm unbekannten Manne der Kellner Bronisław Maćkowski, Rehdenerstraße (Gen. Hallera). Der Verletzte wurde ins städtische Krankenhaus gebracht. *

× **Wessen Fahrrad?** Auf dem Polizeiposten in Rehden (Radzyn), Kreis Graudenz, befindet sich ein Herrenfahrrad, das aus einem Diebstahl herrührt. Das Rad, das in gutem Zustande ist, trägt die Fabriknummer 8780. Der Besitzer kann es von dort abholen. *

× **Gefaßter Dieb.** In einem hiesigen Restaurant stahl ein Teilnehmer eines Vergnügens den Überzieher eines Gastes. Der Täter konnte ergriffen werden. *

× **Diebstähle.** Dem Kaufmann Walter aus Danzig wurden auf dem Getreidemarkt von seinem Auto zwei Taschen mit Dokumenten, Wechseln und einem Sparkassenbuch über 1000 Złoty entwendet. Der Täter konnte ergriffen werden. Ebenso gelang die Festnahme einer weiblichen Person, die der Frau Anastazja Lisakowska, Oberbergstraße (Nadgórna) 38, Damengarderobe im Werte von 120 Złoty gestohlen hatte. Das Fahrrad im Werte von 180 Złoty wurde Stanisław Tomaszewski (Fliegerschule) in der Unterthornerstraße (Toruńska) entwendet. *

× **Festgenommene gefährliche Burschen.** Am letzten Sonntag überfielen in Poln. Wangarowo (Polskie Wągrowo) zwei junge Leute einen Mann namens Berent, nahmen ihm sein an einem Kettchen befindliches Taschenmesser fort und suchten ihm auch die Uhr zu rauben, was aber zum Glück mißlang. Sodann fielen sie auf dem Wege nach Graudenz die 64jährige Frau Jadwiga Ataman an, die mit ihrem 24jährigen Sohn auf dem Nachhausewege begriffen war. Von diesem forderten die Täter Zigaretten oder Geld. A. zeigte ihnen ein Päckchen Tabak, das einer der Banditen ihm sofort entriß. Darauf flüchteten die Strolche. In der Nähe des Dorfes Gatsch (Gać) riß einer von den beiden aus einem Zaun eine Latte, mit der er den 61jährigen Landwirt Otto Zilz schlagen wollte. Hierzu kam es aber nicht. Zwischen Gatsch und Graudenz hielten die Burschen einen Radfahrer an und entrissen ihm einen Handschuh, den sie dann in den Chausseegraben warfen. In Graudenz begaben sich die Täter nach dem Soldatenhause, wo sie mit dem diensttuenden Gendarmen Streit anfingen. Herbeigeholte Polizei nahm ein Protokoll auf, ließ die Leute aber auf freiem Fuße. Erst am nächsten Tage, als ihre Untaten ans Licht kamen, erfolgte die Verhaftung. Es handelt sich um Zygmunt Makowski und Piotr Nawrocki, beides in der Czarnecki-Kaserne wohnhafte „Hoffänger“. *

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Der Deutsche Meister im Einer-Kunstfahren und Europameister G. Heidenreich, Breslau, der am Sonnabend, dem 19. d. M., beim Saalsportfest des S. C. G. im Tivoli gastiert, konnte nur für diesen Tag verpflichtet werden, da später Amerika-Tournee. Kein deutscher Volksgenosse darf deshalb am kommenden Sonnabend fehlen. (9101 *

Thorn (Toruń).

Aus dem Stadtparlament.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung, die am Mittwoch stattfand, wurde das Projekt des Stadtverordnetenreglements vertagt. Es wurde sodann ein Dringlichkeitsantrag betr. des Jubiläumsjahres 1933 der Stadt Thorn eingebracht. Man beschloß, das ganze Jahr 1933 als Jubiläumsjahr zu erklären und zu feiern. Der von dem Stadtv. Rundt (Deutsche Fraktion) scherzhaft gestellte Antrag, dieses Jahr für steuerfrei zu erklären fand ein schmunzelndes Auditorium. Anschließend erfolgte die Wahl von drei Mitgliedern der Einschätzungskommission des Bezirks Thorn-Stadt. Gewählt wurden die Herren Artur Szulc, Fr. Wiencek und Karol Zawislewski, zu Stellvertretern die Herren Ludwig Barczyński, Leon Penkalla und Petlikowski.

Des weiteren wurde die Versammlung mit dem Inhalt des Schreibens des pommerellischen Wojewoden in der Angelegenheit der Bestätigung des Budgets der Stadt Thorn für das Jahr 1932/33 bekanntgemacht. Der Wojewode bestätigt das Budget mit dem Vorbehalt der Durchführung einer ganzen Reihe von Veränderungen und Verbesserungen. Er wies in seinem Schreiben auf die in dem Anschlag befindlichen Mängel hin und empfahl in den präliminierten Einnahmen und Ausgaben, sowohl in den gewöhnlichen als außergewöhnlichen, eine Reihe von Reduktionen. Auch machte er auf die Notwendigkeit der Durchführung weitgehendster Ersparnisse in dem Budget der Verwaltung und der städtischen Betriebe aufmerksam. Der Magistrat führte in diesem Sinne einige Abänderungen und Verbesserungen aus und legte das Budget in veränderter Form zur Bestätigung vor. Die Stadtvv. Rundt und Klack (Deutsche Fraktion) beantragten die Annahme des Budgets. Nach längerer Debatte wurde jedoch die Angelegenheit vertagt. Im Zusammenhang hiermit wurde die Angelegenheit des Kommunalzuschlages von 15 Prozent für die städtischen Angestellten und Funktionäre, welche von dem Budget abhängig ist, vertagt.

Ferner gelangte zur Beratung die Ergänzung des Statuts aus dem Jahre 1913 betr. die Festsetzung und Pensionsversorgung der städtischen Beamten. Die Vorlage wurde im Sinne des Magistratsantrages angenommen. Zum Schluß wurde die Konvertierung eines Darlehns von 740 000 Złoty in ein langfristiges beraten. Dieses Darlehn hatte der Magistrat zum Bau von Wohnhäusern in der Amtsstraße (ul. Czarneckiego) aufgenommen. Die Umwandlung dieses kurzfristigen Darlehns in ein langfristiges wurde gleichfalls im Sinne der Magistratsvorlage auf einen Zeitraum von 25 Jahren genehmigt. * *

v **Von der Weichsel.** Von Warschau kommend trafen die Dampfer „Eleonora“ und „Mickiewicz“ in Thorn ein. Die Dampfer „Mars“ und „Faust“ passierten die Stadt auf der Fahrt von Danzig nach Warschau. Dampfer „Mickiewicz“ trat seine Rückreise nach Warschau an. * *

‡ **Dem Polizeibericht** zufolge gelangten am Mittwoch fünf kleinere Diebstähle und ein Fall von Zechprellerei zur Anzeige, ferner fünf Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, eine Zuwiderhandlung gegen sanitätspolizeiliche Bestimmungen, ein Fall von Tierquälerei und ein Fall von Verhinderung in der Dienstausübung zur Protokollierung. — Wegen Aufwiegelung von Arbeitslosen zu Gewalttaten wurde eine Person verhaftet und der Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht zur Disposition gestellt. Zwei Hühnerdiebe wurden nach erfolgter Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt. * *

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Deutsche Bühne Thorn. Montag, 8 Uhr, im Deutschen Heim: „Heiterer Abend“ des aus den Vorjahren bestens bekannten und geschätzten Vortragskünstlers Emil Kühne-Berlin. Eintrittskarten bei Justus Wallis, Szeroka 34. 9123 * *

* **Berent** (Kościerzyna), 15. November. Feuer entstand auf dem Boden des Wohnhauses von Josef Beierlein in Wojtal hiesigen Kreises, konnte aber im Entstehen gelöscht werden, ohne größeren Schaden angerichtet zu haben. Der Brand kam durch Stroh und Federn aus, die in der Nähe des Schornsteins lagerten.

d **Gdingen** (Gdynia), 17. November. Gestern begann vor dem Bezirksgericht der sensationelle Prozeß gegen die Direktoren der Firma „Koncern Morski“. Der Zuhörerraum war überfüllt. Den Vorsitz führte Bezirksrichter Heidrich, die Anklage vertritt Staatsanwalt Sobolewski, die Verteidigung hat Rechtsanwalt Land aus Warschau übernommen. Auf der Anklagebank sitzen Klemens Pawluk, Leiter der Handelsabteilung der Firma, Josef Łaszkiewicz, Generaldirektor und H. Stecki, Rechtsvertreter der Firma. Die Anklageschrift wirft den Genannten vor, daß sie die Firma „Koncern Morski“ in der Absicht gründeten, um sich selbst Vorteile zu verschaffen und dadurch andere Personen auf eine Gesamtsumme von 143 297,70 Złoty schädigten. Unter den Geschädigten befinden sich zahlreiche hiesige Firmen und Arbeitslose, die erhebliche Kautionen zwecks Erlangung von Anstellungen hinterlegt haben. Der Angeklagte Łaszkiewicz gab bei Abwicklung sämtlicher Geschäfte an, große Güter im Werte von 2 Millionen Złoty zu besitzen. Bei der Vernehmung der Angeklagten streiten diese jede Schuld ab. Es sind 43 Zeugen geladen, die in den nächsten Tagen vernommen werden sollen. Der Prozeß wird 3—4 Tage in Anspruch nehmen. — Einem Unglücksfall zum Opfer fiel auf dem hiesigen Bahnhofe der Senator Pfarrer Bolt, als er aus dem Zuge aussteigen wollte. Er verfehlte eine Stufe und stürzte so unglücklich, daß er sich das rechte Bein brach. — Die Bureauräume des Finanzamtes befinden sich jetzt in dem Gebäude des Regierungskommissariats in der Dorfstraße. — Einen Einbruchsdiebstahl zu verüben versuchten gestern Nacht drei Täter bei der Firma Sokołowski in der Hafenstraße, sie wurden aber auf frischer Tat von der Polizei gefaßt. Unter den Tätern befindet sich ein Angestellter der genannten Firma. — Mit dem 16. d. M. ist eine neue reguläre Schiffsverbindung mit den Häfen der mexikanischen Bucht eröffnet worden. Die Schiffe der Linie „Southern States Line“ werden alle 14 Tage Gdingen anlaufen. — Erheblich bestohlen wurde heute der Händler Franz Szymanski. Während seiner nur kurzen Abwesenheit stahlen unbekannte Diebe vom Wagen eine größere Menge Butter und Geflügel sowie eine wertvolle Pelzdecke. Der Geschädigte erleidet einen Verlust von annähernd 400 Złoty.

h **Gorzno** (Górzno), 16. November. Auf dem gestrigen Martini-Jahrmarkt herrschte ein lebhafter Verkehr. In allen Artikeln hatte man reichliche Auswahl, leider war die Kauflust äußerst gering. Selbst die billigen Männer konnten nicht auf ihre Rechnung kommen. Rindvieh war wenig aufgetrieben. Für Milchvieh verlangte man Preise bis 130 Złoty. Auf dem Wochenmarkte kostete das Pfund Butter 1,20, die Mandel Eier 1,70.

tz **Konitz** (Chojnice), 17. November. Der 18jährige Franz Rzepiński in Bądzimierowice verübte Selbstmord durch Erhängen. Man nimmt an, daß Rz. durch das Lesen eines Buches auf Selbstmordgedanken gekommen ist. Er soll in letzter Zeit stark niedergedrückt gewesen sein, wenig gesprochen und sich nur immer mit diesem Buch beschäftigt haben.

* **Stargard** (Starogard), 15. November. Eingeäschert wurden neulich gegen Abend in Wolental hiesigen Kreises zwei dem Landwirt Wiklandt gehörende, mit Futtermitteln und Stroh gefüllte Scheunen, in denen auch einige landwirtschaftliche Maschinen und Gerätschaften untergebracht waren. Der Schaden beläuft sich auf etwa 15 000 Złoty und ist durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist unbekannt.

g **Stargard** (Starogard), 17. November. Zu dem von uns berichteten Überfall auf Leo Truskowski wird mitgeteilt, daß die Polizei als Haupttäter Jan Stengel aus Stargard festgestellt hat. Das Opfer liegt seit 14 Tagen im Krankenhaus. Das Kreisgericht verurteilte Stengel zu einem Jahr Gefängnis ohne Anwendung der Amnestie. — Ins Gasthaus zu Spangawsken hiesigen Kreises drangen Diebe ein und stahlen aus dem Stall ein Schwein. — Dem Besitzer Josef Daszkowski aus Zelgoszcz unseres Kreises wurden 17 Enten im Werte von 50 Złotz gestohlen. — Anton Majkowski aus Żabno und einem gewissen Pink aus Zblewo wurden in Stargard die Fahrräder im Werte von 80 und 150 Złoty gestohlen.

u **Strasburg** (Brodnica), 19. November. Dem Kaufmann Świetlik in Strasburg wurden von einem Untermieter Betten und Bettwäsche gestohlen. — In Lonkorsch (Łąkorz) wurde in die Fleischerei von Konrad Kłosowski eingebrochen. Durch Eindrücken einer Fensterscheibe gelangten die Diebe ins Innere und stahlen Fleisch- und Wurstwaren im Werte von etwa 50 Złoty und etwas Bargeld. Die Polizei ist den Tätern schon auf der Spur. — Aus einem Schuppen wurde dem Besitzer Stanisław Wolski ein Herrenfahrrad im Werte von etwa 150 Złoty gestohlen. — Die Bureauräume des Katasteramtes, die sich bisher in dem Gebäude Masurenstraße 25 befunden hatten, befinden sich jetzt im Finanzamte, 1 Treppe.

P **Vandsburg** (Więcbork), 17. November. Auf dem heutigen Wochenmarkte kostete das Pfund Butter 1,30 bis 1,50, Eier die Mandel 1,80—2,00. Auf dem Schweinemarkte brachte das Paar Ferkel 20—25 Złoty.

✗ **Zempelburg** (Sępólno), 17. November. Laut Bekanntmachung im hiesigen Kreisblatt ist eine Brotpreisermäßigung mit dem 15. d. M. eingetreten, und zwar kostet ein Kilo Roggenbrot 0,28 und eine Weizensemmel (50 Gr.) 0,04 Złoty.

Graudenz.

Thorn.

Die Ermächtigung der Danziger Regierung

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 17. November.

Im Hauptausschuß des Volkstages ist eine Entscheidung gefallen, die von symptomatischer Bedeutung für die innenpolitische Entwicklung ist. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die Regierungsparteien sind kommunistische und nationalsozialistische Anträge auf Entziehung der der Regierung durch das Ermächtigungsgesetz verliehenen Verordnungsbefugnisse angenommen wurden. Die drei Parteien, die diese Beschlüsse herbeiführten, verfügen im Plenum des Volkstages über 39, und wenn die Polen noch zu ihnen stoßen, über 41 von 72 Stimmen, also über die Mehrheit.

Welche Folgerungen die Regierung aus der Lage ziehen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen, da die Regierung, überhäuft mit den ernstesten außenpolitischen Sorgen, natürlich noch nicht Stellung zu den Beschlüssen des Hauptausschusses genommen hat. Sie wird erst abwarten, welche Haltung das Plenum des Volkstages einnehmen wird, denn solange ist die Frage überhaupt nicht spruchreif. Und über die Behandlung der Anträge im Volkstagsplenum können immerhin Wochen und Monate vergehen, da die Beschlüsse und Gesetzentwürfe ja auch erst dem Senat zugeleitet werden müssen, der Stellung zu ihnen zu nehmen hat, und eine direkte Entscheidung durch Volksentscheid über die Ermächtigungsfrage unter Umständen herbeiführen kann.

Zurzeit sind jedenfalls die außenpolitischen Sorgen vorherrschend und in diesen Fragen stehen auch die Oppositionsparteien, wie die Stellungnahme zur Zlotyeinführung bei den Eisenbahnkassen bewiesen hat, geschlossen hinter der Regierung.

Die Anträge, die vom Senat erlassenen Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes aufzuheben, wurden übrigens bezeichnenderweise mit wechselnden Mehrheiten vom Hauptausschuß abgelehnt, bis auf die eine über die Herabsetzung der Unterstützungssätze für Erwerbslose, deren Aufhebung von den Oppositionsparteien beschlossen wurde.

*

Danziger Fragen auf der nächsten Ratstagung.

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht soeben die Tagesordnung der am nächsten Montag beginnenden Tagung des Völkerbundrates. Diese Ratstagung dient in erster Linie dem Studium des Lytton-Berichts über den chinesisch-japanischen Konflikt, sodann soll eine Minderheitenbeschwerde zur Verhandlung kommen, die auf die Anwendung der polnischen Agrarreform in Ost-Oberschlesien Bezug hat, und ferner die Frage der Einführung des Zlotys bei den Danziger Verkehrsanstalten. Es handelt sich um ein Gesuch des Danziger Senats, das am 4. November durch Vermittlung des Hohen Kommissars an den Völkerbundrat gerichtet wurde, und in welchem der Danziger Senat den Völkerbund um die Feststellung ersucht, daß das Dekret des polnischen Verkehrsministers vom 25. Oktober d. Js. eine verbotene „action directe" darstellt. — Auch die definitive Ernennung des neuen Hohen Kommissars für Danzig soll in dieser Ratstagung vorgenommen werden. Im September hatte der Rat provisorisch den dänischen Völkerbundbeamten Helmar Rosting mit diesem Posten betraut. Herr Rosting hatte dabei erklärt, daß er unter keinen Umständen damit einverstanden sein würde, daß aus seiner provisorischen Ernennung eine endgültige würde. — Schließlich wird der Völkerbundrat die Ernennung des deutschen Ministerialdirektors Dr. Trendelenburg zum Untergeneralsekretär als Leiter der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundsekretariats vorzunehmen haben.

Kleine Rundschau.

Hubermanns Meistergeige gestohlen!

Ein merkwürdiger Skandal hält die Gemüter der Öffentlichkeit in Ostpreußen in Atem. Der weltbrühmte Vionlinvirtuose Bronislaw Hubermann hatte anfangs dieses Monats eine Konzerttournee durch Polen und die Tschechoslowakei absolviert und setzte sie dann in Danzig und Königsberg fort. In dieser Stadt spielte sich nun ein eigenartiger Zwischenfall ab, der bisher noch nicht völlig aufgeklärt werden konnte.

Das Auftreten Hubermanns begegnete so großem Interesse, daß das Konzert von dem nur 800 Personen fassenden Konzertsaal in das Opernhaus verlegt werden mußte. Hubermann, der im Hotel „Preußen" abgestiegen war, ging zehn Minuten vor Konzertbeginn mit einem Begleiter von seinem Hotel zu Fuß nach dem Opernhaus.

Als er dieses beim Künstlereingang betreten wollte, trat an ihn ein Mann heran mit einer goldgeränderten Kappe und langem Mantel, verneigte sich tief, wie der Portier des Opernhauses, und bot sich an, die Geige zu übernehmen und ins Künstlerzimmer zu bringen. Hubermann und sein Begleiter nahmen keinen Anstand, die Meistergeige auszufolgen. Hubermann begab sich dann in das Künstlerzimmer, wo er von dem Veranstalter und vielen Verehrern empfangen wurde. Schließlich fiel Hubermann seine Geige ein; aber alles Suchen war vergeblich. Es blieb kein anderer Ausweg, als daß der Intendant des Opernhauses, Dr. Hans Schüler, seinen Sekretär in seine Wohnung schickte, um seine Amatigeige zu holen, auf der Hubermann dann spielte.

Die Ermittelungen der Polizei haben ergeben, daß im Opernhaus in Königsberg gar kein Portier für den Bühneneingang angestellt ist.

Die Geige repräsentiert einen Wert von 15 000 Dollar.

Kiepura soll 2000 Dollar zahlen.

Dem berühmten polnischen Sänger Jan Kiepura, der eben in Wien weilt, droht — einer Meldung der „Wien. Neuest. Nachr." zufolge — wegen des letzten Films der Ufa „Das Lied einer Nacht" ein peinlicher Prozeß vor dem Warschauer Gericht.

Der Film läuft augenblicklich in Polen und hat auch in Bromberg großen Beifall gefunden. Das „Lied einer Nacht" singt Kiepura in polnischer Sprache. Nun stellte der Warschauer Dichter Marjon Helmar, der Verfasser dieses Liedes, fest, daß der Text abgeändert und dadurch — seiner Meinung nach — verunstaltet worden sei. Da Kiepura diese Änderung, wie es heißt, eigenhändig vorgenommen haben soll, hat Helmar gegen ihn eine Klage auf Entschädigung in der Höhe von 2000 Dollar angestrengt.

Carusos Stimme wiedererweckt.

Die Stimme des Tenors Caruso ist wieder zu neuem Glanz erstanden. Sie wurde bekanntlich noch zu Lebzeiten Carusos auf Grammophonplatten aufgenommen; aber selbst die besten Aufnahmen konnten bei der damals noch recht unvollkommenen Technik den vollen Klang des unerreichbaren Caruso-Tenors nicht wiedergeben. Das soll jetzt anders werden. Durch ein mühseliges Verfahren, an dem die Grammophontechniker jahrelang arbeiteten, ist es gelungen, die Stimme so wiederzugeben, als lebe Caruso noch und habe soeben erst in den Aufnahmeapparat gesungen. Man hat von sechs alten Caruso-Platten durch Vokalschwingungen und durch eingebaute Schwingungsfilter die vorhandenen Feinheiten von allen sechs Platten aufgefangen und sie einer Wachsplatte zugeführt. Man hat also zunächst nur die Feinheiten und den Schmelz der Stimme Carusos festhalten können. Sie klang ganz fein und mußte erst durch ein neues Verfahren wiederum verstärkt werden. Es ist das neueste elektrische Aufnahmeverfahren, dem man es verdankt, daß man die nun ganz natürlich klingende Stimme auf Grammophonplatten aufnehmen konnte. Die Stimme kam nach der Verstärkung so klar hervor, daß man sie sogar durch Orchester und Begleitung neu untermalen mußte. Auf diese Weise hofft man nun auch die Stimmen anderer großer Sänger, die bereits verstorben und nur unvollkommen auf Grammophonplatten verewigt sind, wieder zu neuem Leben zu erwecken.

Amy Johnson fliegt nach Kapstadt.

London, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die englische Rekord-Fliegerin Amy Johnson, die auf ihrem Fluge von London nach Kapstadt bei Benguella an der südafrikanischen Westküste eine Notlandung vornehmen mußte, konnte nach mehrstündiger Verzögerung ihren Flug fortsetzen.

Ein junger Flieger vermißt.

London, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der 19jährige afrikanische Flieger Victor Smith, der einen Rekordflug von Kapstadt nach London ausführen wollte, ist seit seinem Abflug aus Duala (Kamerun) nach Gao am Montag verschollen.

Eisbrecher untergegangen.

Der Eisbrecher „Nummer 9" ist verspäteten Nachrichten aus Archangelsk zufolge im Weißen Meer mit Mann und Maus untergegangen. Das Schiff hat am 24. Oktober Archangelsk verlassen, um einem anderen in Seenot befindlichen Eisbrecher beizustehen, und ist seither spurlos verschwunden. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde eine Woche später ein Rettungsboot der „Nummer 9" mit acht Leichen geborgen. Von den übrigen vierzehn Mitgliedern der Besatzung ist keine Spur aufgefunden worden.

Weitere Opfer des japanischen Wirbelsturmes.

Tokio, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) Seit dem Wirbelsturm an der japanischen Küste werden 40 Fischerboote vermißt, von denen man befürchtet, daß sie mit ihrer Besatzung von 250 Mann untergegangen sind.

Ein Todesopfer der Kälte.

Stendal, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nähe von Osterburg (Altmark) wurde die Leiche eines Mannes gefunden, der nach dem ärztlichen Befund erfroren ist. Der Tote war gut gekleidet und ungefähr 50 Jahre alt. Seine Personalien sind noch unbekannt.

König Georg kauft die Markensammlung des Zaren

Der letzte russische Zar Nikolaus II. war passionierter Markensammler. Es geschah manchmal, daß er sein Erscheinen im Ministerrat oder in Audienzen absagte, um in Ruhe die neueste Briefmarkensendung sortieren zu können. Als die Revolution ausbrach und die Zarenfamilie den Weg in die sibirische Stadt Tobolsk antreten mußte, kümmerte sich der Kaiser in erster Linie um seine Briefmarkenalben. Während die Zarin um ihren kostbaren Schmuck, der ganze Hof um die Zukunft der Dynastie besorgt war, hatte Nikolaus II. einen Wunsch, der alles andere in den Hintergrund drängte: Die rote Mauritius-Marke und andere Seltenheiten seiner Sammlung sollten gerettet werden. Nach der Ermordung der Zarenfamilie in Jekaterinburg stürzten sich die Rotgardisten auf die Habseligkeiten ihres früheren Herrschers und verteilten sie unter sich. Für die Marken hatten sie aber kein Verständnis. Sie ahnten nicht, daß die Markenalben des Zaren einen gewaltigen Wert haben. Auf welchen Irrfahrten die Markensammlung des Zaren nach vielen Jahren in London auftauchte, wird wohl für immer ein Geheimnis bleiben. Jedenfalls steht in diesen Tagen die Versteigerung dieser Sammlung in London bevor. Von Markensachverständigen wurden die Raritäten der Zarenfamilie auf ihre Echtheit geprüft. Sogar ein Röntgenapparat wurde zu diesem Zwecke benutzt. Es verlautet, daß König Georg von England, der gleichfalls leidenschaftlicher Markensammler ist, die Absicht habe, eine Anzahl der wertvollsten Zarenmarken bei der bevorstehenden Versteigerung zu kaufen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

N. D. K. Keine der acht Nummern der Auslosungsrechte der Anleiheablösungsschuld ist im Oktober ausgelost worden.

E. Z., Modliszewsko. Keine der fünf Nummern ist im Oktober gezogen worden.

„Otto". Einkommensteuer muß derjenige zahlen, der ein Jahreseinkommen von über 1500 Zloty hat — ob das nun ein Mann oder eine Frau ist, ist gleichgiltig. Stirbt der Ernährer der Familie, der das genannte Einkommen verdient hat, dann versucht zwar die Steuerbehörde vielfach, die veranlagte Steuer beizutreiben, aber wo nichts ist, da hat auch der Kaiser sein Recht verloren. Die zweite Frage erledigt sich durch den obigen ersten Satz.

S. W. Das Mädchen muß, um die Anwartschaft aufrecht zu erhalten, in zwei Jahren mindestens 20 Wochenbeiträge entrichtet haben. Die 2 Jahre zählen von dem Ausstellungstag der Quittungskarte ab. Es genügen für diese Weiterversicherung die Marken der niedrigsten Lohnklasse. Also: alle Jahre mindestens 10 Marken.

Nr. 100. 1. Sie würden als Unterstützung bei Arbeitslosigkeit 40 Prozent des durchschnittlichen Grundlohnes erhalten und außerdem 10 Prozent für jedes Familienmitglied. Den Betrag können wir Ihnen nicht angeben, da dies nur bei vollständiger Kenntnis der jedenfalls veränderlichen Lohnsätze möglich ist. Die Unterstützung dauert 6 Monate. 2. Die Witwenrente beträgt drei Fünftel, die Halbwaisenrente ein Fünftel der Rente, auf die Sie Anspruch gehabt hätten. 3. Sie würden infolge Arbeitsunfähigkeit 40 Prozent des durchschnittlichen Grundlohnes als Invalidenrente erhalten. — Das sind die Rechte aus der Versicherung für die geistigen Arbeiter; entsprechende Rechte ergeben sich aus der Invaliditätsversicherung.

Nr. 101, 32. 1. Sie sind als sogenannter Geburtspole auf Grund der Wiener Konvention polnischer Staatsangehöriger. Die von Ihnen angegebenen Zeiten, die Sie im Auslande verbracht haben, spielen keine Rolle; ausschlaggebend ist, daß Sie vor dem 10. Juli 1924 nach Polen zurückgekehrt sind. 2. Das Gericht kann auf Grund der Verordnung über die Abwehr der Folgen von Zahlungsschwierigkeiten in der Landwirtschaft vom 23. 8. 1932 dem Schuldner Zahlungsaufschub gewähren, wenn nicht dadurch der Gläubiger übermäßig geschädigt wird. Würde dies durch den Zahlungsaufschub geschehen, so wird der letztere nicht erteilt.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 20. November.

Königswusterhausen.

06.15: **Funkgymnastik.** 06.35: **Hafenkonzert.** 08.55: Morgenfeier. 10.05: Von Berlin: **Wetter.** 11.00: Karl Nils Nicolaus liest „Die Macht des Toten". Zwei Geschichten aus dieser Zeit. 11.30: Von Leipzig: **Bach-Kantate.** 12.00: Dichterstunde. Will Vesper liest eigene Dichtungen. 12.30: Aus dem Plenarsitzungssaal des Reichstags: **Gedächtnisfeier für die Toten des Weltkrieges.** Veranstaltet vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen. 14.00: Ernst Lemmer: Eine Reise zu den Kriegergräbern der Ostfront. 14.30: Von Berlin: **Orgelmusik von J. S. Bach.** 15.00: Von Hamburg: Paula Becker-Modersohn. 15.45: **Orchesterkonzert.** 17.30: Ritter Gluck von E. T. A. Hoffmann. In der Bearbeitung von Rudolf Blümner. 18.30: **Der Todesgedanke bei Novalis** (Dr. August Lesson, Lotte Arndt). 19.00: Der Toten Tanz. Ein Spiel nach mittelalterlichen Texten. Mit alten Instrumentalsätzen ausgef. v. d. Violen-Quartett R. Pätzoldt u. Mitw. 19.50: Pfarrer Gemählich von der evangelischen Kirchengemeinde Geroldgrün und Pfarrer Rieth von der katholischen Kirchengemeinde Nordhalben, Zwiegespräch: Not und Hilfe im Frankenwalde. 20.00: Von Langenberg: **Missa solemnis.** 22.10: Wetter, Nachrichten, Sport. Evt. 22.30—23.00: **Von Newyork: Kurt G. Sell: Einweihung des Denkmals der Amerikanischen Legion zu Ehren der im Kriege gefallenen deutschen Soldaten.**

Breslau-Gleiwitz.

08.00: Schallplatten. 09.35: **Zwanzig Minuten Philatelie.** 10.00: Evangelische Morgenfeier. 11.00: **Dem deutschen Soldaten.** 11.30: Von Leipzig: **Bach-Kantate.** 12.30: Von Berlin: **Gedächtnisfeier für die Toten des Weltkrieges.** 14.10: Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft. 14.30: **Dr. Robert Braun: Rückkehr zur Heimat.** 15.40: **Alte deutsche Lieder und Arien.** Charlotte Jaeckel, Sopran; Kurt Hattwig, Cembalo. 16.20: **„Das Spiel vom Tode"**, Mysterienspiel von Georg Rendl. 17.20: Christuslegenden aus alter Zeit. 17.50: Josef Ponten liest aus eigenen Werken. 18.20: Dr. Arno Schirokauer: Für etwas leben und dafür sterben. Den Pionieren der Wissenschaft und Forschung. 18.45: Wetter. 18.50: Von Königsberg: **Einführung zu „Palestrina".** 19.05: Von Königsberg: **„Palestrina" 1. Akt.** 20.50: Abendberichte (I). 21.00: **Zum Gedächtnis an die Gefallenen des Weltkrieges: „Eroica".** Aus dem Buch „Stirb und Werde", aus Briefen und Tagebuchblättern Bernhards v. d. Marwitz; zusammengestellt von Herald von Koenigswald. 22.00—22.20: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.30—23.00: **Newyork: Kurt G. Sell: Einweihung des Denkmals der Amerikanischen Legion zu Ehren der im Kriege gefallenen deutschen Soldaten.**

Königsberg-Danzig.

06.35—07.45: **Konzert.** 08.00: Danzig: **Katholische Morgenfeier.** 09.00: Evangelische Morgenandacht. 11.30: Von Leipzig: **Bach-Kantate.** 12.00: **Die Predigt Buddhas an die Schmetterlinge,** aus Fritz Mauthner: Die Reden Buddhas. 12.30: Von Berlin: **Gedächtnisfeier für die Toten des Weltkrieges.** 13.30: Aus der Neuroßgärter Kirche: Zeitgenössische Orgelmusik zum Totenfest. Traugott Fedtke. 14.10: P. S. Leonhardt: Schachfunk. 14.35: Jugendstunde. Studiendir. August: Aus dem Vermächtnis unserer Toten des Weltkrieges. 15.00: Totengedenkstunde. Gesang: Elisabeth Maschke; Cello: Franz Kirchberger; Harmonium: Ernst Maschke. 16.00: **Konzert.** 17.45: Deutsche Grabmalkunst. 18.15: Schummerstunde. 18.50: **Prof. Hans Pfitzner: Einführung zu Palestrina.** 19.05: Aus dem Opernhaus: **„Palestrina"**, 1. Akt. Musikal.Legende von Hans Pfitzner. Musikal. Ltg.: Prof. Hans Pfitzner. 20.55: **Musik für Cello.** Eugenie Premyslav. Am Flügel: Leo Taubmann. 21.25: Von Berlin: **„Vermächtnis".** 22.00: Von Berlin: Nachrichten.

Warschau.

12.15: Aus d. Philharmonie: **Tschaikowsky-Konzert.** Dir.: Wilkomirski. Solist: Schatz, Violine. 14.20: Von Lemberg: Musik. 15.00: Von Lemberg: Musik. 16.25: **Schallplatten.** 17.00: Von Krakau: Solistenkonzert. 18.00: Leichte Musik. 20.00: Liedervortrag. Luna Liubera Prokofieff. Am Flügel: L. Urstein. 20.40 bis 22.30: **Von Wien: Meister der Wiener Operette dirigieren.** Anschl.: Wetter- und Polizeinachrichten. Anschl. bis 24.00: Tanzmusik.

Das neue Vereins- und Versammlungsrecht.

Das gesamte Vereinsleben unter der Kontrolle der Verwaltungsbehörden.

Wie wir bereits berichteten, tritt am 1. Januar 1933 ein für das ganze Gebiet Polens verpflichtendes Vereins- und Versammlungs-Gesetz in Kraft, durch das das gesamte Vereinsleben in Polen eine ganz neue Gestaltung erfährt. Das Gesetz ist in Nr. 94 des „Dziennik Ustaw" vom 29. Oktober veröffentlicht worden. Mit Rücksicht darauf, daß von den grundlegenden Änderungen ganz besonders das ehemals preußische Teilgebiet betroffen wird, bringen wir die Verordnung des Präsidenten der Republik nachstehend im Wortlaut:

Auf Grund des Art. 44 Abs. 6 der Verfassung und des Art. 1 a des Gesetzes vom 17. März 1932 über die Ermächtigung des Präsidenten der Republik zum Erlaß von Verordnungen mit Gesetzeskraft (Dz. U. Nr. 22, Pos. 165) verordne ich was folgt:

Teil I.

Allgemeine Bestimmungen,

Art. 1.

Durch dieses Gesetz wird die rechtliche Existenz der Vereine als dauernde freiwillige Vereinigungen geregelt, die keinen Erwerbscharakter tragen.

Art. 2.

Die polnischen Staatsangehörigen haben das Recht, sich zu Vereinigungen zusammenzuschließen, deren Ziele, Struktur und Tätigkeit nicht im Widerspruch mit dem Gesetz stehen und welche die Sicherheit, öffentliche Ruhe oder Ordnung nicht bedrohen. Dieses Recht steht Personen zu, die ein Alter von 18 Jahren erreicht haben, sofern die untenstehenden Bestimmungen nicht Ausnahmen vorsehen. Gründer eines Vereins und Mitglied des Vorstandes können nur Personen sein, die zu Rechtshandlungen fähig sind. Die Schuljugend, mit Ausnahme der Jugend der höheren Schulen, darf Vereinigungen nicht angehören. Die Jugend im Alter von 14 bis 18 Jahren, die die Schule nicht besucht, kann mit Einverständnis ihrer rechtlichen Vormünder Vereinigungen angehören, ohne jedoch an der Abstimmung über Beschlüsse teilzunehmen und von dem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Art. 3.

Aktive Militär-Personen können nur mit Genehmigung der Militärbehörden unter den durch den Kriegsminister festgesetzten Bedingungen Vereinen angehören; sie dürfen dabei weder der Ballotage (Abstimmung mit Kugeln) noch kollegialen Gerichten in irgend einer Form unterzogen werden. Besondere Beschränkungen des Rechts, Vereinen anzugehören, werden für einige Kategorien von Personen durch besondere Bestimmungen festgelegt.

Art. 4.

Ausländer können sich ebenfalls zu den in diesem Gesetz vorgesehenen Vereinigungen zusammenschließen. Eine auf Antrag des Innenministers und des Außenministers erlassene Verordnung des Ministerrats kann abweichende Grundsätze für Vereine der Ausländer, sowie in der Frage der Teilnahme von Ausländern an Vereinigungen und ihren Behörden einführen. Auf demselben Wege wird die Frage der Vereine von internationalem Charakter geregelt, wenn die besonderen mit ihrer Organisation und Funktion auf dem Gebiet Polens zusammenhängenden Umstände es nicht gestatten, ihnen gegenüber die Bestimmungen dieses Gesetzes anzuwenden.

Art. 5.

Es ist nicht gestattet, irgend jemand zu zwingen, daß er sich an einer Vereinigung beteiligt oder nicht. Nicht gestattet ist es auch, die Möglichkeit des Austritts aus der Vereinigung zu beschränken. Die mit dieser Bestimmung im Widerspruch stehenden Statuten und Reglements, sowie die Beschlüsse und Verpflichtungen sind unzulässig und ungültig. Der freie Austritt aus dem Verein schließt jedoch nicht aus, daß in dem Statut der Vereine, die den Charakter einer juristischen Person besitzen, die Verpflichtung enthalten ist, die Mitgliederbeiträge bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres zu zahlen. Die Bestimmungen der letzten beiden Sätze dieses Artikels haben keine Anwendung auf Vereine, die auf die Initiative der Behörden hin entstehen und die auf Grund der Bestimmungen des öffentlichen Rechts ihre Tätigkeit ausüben.

Art. 6.

Verboten ist:

a) die Gründung von Vereinen, die den Grundsatz des unbedingten Gehorsams der Mitglieder den Vereinsvorständen gegenüber in ihr Programm aufgenommen haben;

b) sich in Vereinen der physischen Erziehung, sowie zu Turn- oder Sportvereinen zusammenzuschließen, die politische Zwecke verfolgen.

Art. 7.

Vereine der Staatsbeamten unterliegen den Bestimmungen dieses Gesetzes. Diese Vereine dürfen nicht ein Ziel oder eine Struktur haben und auch keine Tätigkeit entwickeln, die mit den dienstlichen Vorschriften und den dienstlichen Aufgaben nicht in Einklang zu bringen sind. Diese Bestimmungen finden Anwendung auch auf diejenigen staatlichen Angestellten, deren Dienstverhältnis einen öffentlich-rechtlichen Charakter hat.

Art. 8.

Ein Verein hat nicht das Recht, seine kollegialen Gerichte zum Gegenstand von Erwägungen oder von Beschlüssen zu machen bezw. auf eine andere Art die dienstliche Tätigkeit eines Staatsbeamten, der Vereinsmitglied ist, zu kritisieren, bevor die zur Beurteilung dieser Tätigkeit zuständigen vorgesetzten Behörden des Beamten bezw. die disziplinaren Institutionen oder die Strafgerichte diese Tätigkeit durch eine Strafe verurteilt haben.

Art. 9.

Den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegen nicht:

a) Orden und geistliche Kongregationen, sowie andere Vereinigungen, die ausschließlich und direkt die Aufgabe haben, den religiösen Kult von rechtlich anerkannten Kirchen und religiösen Verbänden auszuüben;

b) Komitees, die zur Vorbereitung von Wahlen zu öffentlich-rechtlichen Institutionen entstehen, sofern sich diese Wahlen auf Gesetze oder Anordnungen der Behörden stützen — und zwar vom Tage der Anordnung der Wahlen an bis zur Beendigung der Wahlhandlungen;

c) Arbeiter-Berufsverbände, die den Gegenstand von besonderen Bestimmungen bilden, mit Ausnahme der in den Artikeln 11, 15, 17 und 59 enthaltenen Bestimmungen;

d) die durch das Gesetz vorgesehenen industriellen Korporationen und deren Verbände, sowie Verbände, Gruppen und Organisationen der Industriellen die auf Grund von besonderen gesetzlichen Ermächtigungen durch den Minister für Industrie und Handel ins Leben gerufen worden sind;

e) akademische Vereinigungen, die auf Grund der Bestimmungen über die akademischen Schulen gegründet werden, sowie Vereinigungen der Schuljugend, die im Bereich von anderen Schulen entstanden sind und sich unter der Aufsicht der Schulbehörden befinden;

f) rein militärische Vereinigungen, die mit der Ausübung des Militärdienstes zusammenhängen und durch aktive Militärpersonen mit Genehmigung der Militärbehörde gegründet werden;

g) Körperschaften, soweit sie nicht Ziele verfolgen, von denen in Art. 11 die Rede ist.

Art. 10.

Durch Verordnung des Ministerrats, die auf Antrag des Innenministers im Einvernehmen mit dem Minister für religiöse Bekenntnisse und öffentliches Bildungswesen erlassen werden kann, können abweichende Grundsätze für alle unter die Bestimmungen des Artikels 9 Punkt a) fallende Vereine, die religiöse und konfessionelle Aufgaben erfüllen, aufgestellt werden.

Art. 11.

Körperschaften, die eine kulturelle Tätigkeit ausüben, unterliegen in bezug auf diese Tätigkeit den Bestimmungen der Artikel 12, 13, 14, 15 und 17 dieses Gesetzes, wobei bestimmt wird, daß unter „Gründung", von der in Art. 12, 13, 14 die Rede ist, der Beginn der Ausübung der kulturellen Tätigkeit und unter „Auflösung" nach Art. 13 auch das Aufhören dieser Tätigkeit zu verstehen ist. Arbeiter-Berufsverbände haben die Pflicht, der Kreisbehörde der allgemeinen Verwaltung auf deren Forderung Angaben über die Zusammensetzung ihres Vorstandes zu machen; sie unterliegen ferner den Bestimmungen der Art. 15 und 17 mit dem Zusatz, daß unter der direkten Aufsichtsbehörde, von der in Art. 15 die Rede ist, die erwähnte Kreisbehörde der allgemeinen Verwaltung zu verstehen ist.

Teil II.

Gewöhnliche Vereine.

Art. 12.

Gruppen in einer Stärke von mindestens drei Personen, die einen gewöhnlichen Verein zu gründen wünschen, melden dies schriftlich der Kreisbehörde der allgemeinen Verwaltung als der direkten Aufsichtsbehörde an, die ihren Sitz im Orte des künftigen Vereins hat. zugeben ist: 1. der Name des Vereins, sein Ziel und die Mittel für seine Tätigkeit; 2. das Tätigkeitsgebiet, sowie der Sitz des Vereins; 3. die Vor- und Zunamen, sowie der Wohnort der Mitglieder; 4. die Art der Einberufung des Vorstandes; 5. die Art des Eintritts und des Austritts der Mitglieder; 6. die Art der Auflösung des Vereins.

Art. 13.

Sofern die Behörde im Laufe von vier Wochen seit der Anmeldung die Gründung des Vereins nicht verbietet, bezw. vor dem Ablauf dieses Termins feststellt, daß seiner Gründung nichts entgegensteht, kann der Verein seine Tätigkeit aufnehmen. Im Laufe von zwei Wochen nach der Aufnahme der Tätigkeit des Vereins ist dessen Vorstand verpflichtet, der Behörde seine Zusammensetzung, sowie den Wohnort seiner Mitglieder und auch die Adresse des Lokals mitzuteilen, das dem Verein als Sitz dienen soll. Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf die Pflicht der Anmeldung von Veränderungen, von denen in Art. 12 Punkt 1, 2, 4, 5 und 6 die Rede ist, sowie einer Änderung der Zusammensetzung des Vorstandes und der Adresse des Vereins. Im Falle der Auflösung des Vereins ist sein letzter Vorstand verpflichtet, hiervon der Behörde im Laufe von zwei Wochen, von dem Auflösungsbeschluß an gerechnet, Mitteilung zu machen.

Art. 14.

Die Behörde verbietet durch eine gehörig begründete Entscheidung die Gründung eines Vereins, sofern seine Existenz mit dem Gesetz nicht im Einklang gebracht werden oder wenn sie eine Bedrohung der Sicherheit oder der öffentlichen Ruhe und Ordnung hervorrufen kann.

Art. 15.

Die direkte Aufsichtsbehörde kann den Vorstand auffordern, ihr eine Abschrift des Sitzungsprotokolls, oder des Inhalts eines gefaßten Beschlusses zur Verfügung zu stellen, sofern er schriftlich niedergelegt worden ist. Sie kann im Vereinslokal die Aktenbücher und die im Besitz befindlichen Dokumente zur Einsicht nehmen, hieraus Notizen, Abschriften und Auszüge machen und schließlich vorher den Vorstand auffordern, die Akten, Protokolle usw. in einem von ihr bezeichneten Termine vorzulegen. Der Vorstand ist verpflichtet, unter Wahrung der Aktualität ein namentliches Verzeichnis der Vereinsmitglieder unter Angabe der Staatsangehörigkeit zu führen und der Behörde auf deren Verlangen Angaben aus diesem Verzeichnis zur Verfügung zu stellen.

Art. 16.

Sofern die Tätigkeit des Vereins dem verpflichtenden Gesetz, dem für den Verein festgesetzten Bereich und der Art seiner Tätigkeit zuwiderhandelt, wenn der Verein überhaupt den Bedingungen seiner rechtlichen Existenz nicht entspricht, oder auch die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung gefährdet, kann die direkte Aufsichtsbehörde den Umständen entsprechend ihm durch eine gehörig begründete Entscheidung entweder eine Verwarnung erteilen, oder die Beseitigung der wahrgenommenen Verstöße, besonders die Rückgängigmachung der unzulässigen Beschlüsse unter Androhung der Suspendierung bezw. Auflösung des Vereins fordern, wobei zu diesem Zwecke ein entsprechender Termin entweder zur Suspendierung und dann zur Auflösung des Vereins festgesetzt wird. Die Entscheidung über die Suspendierung ist sofort vollstreckbar. Wird der Verein im Laufe von zwei Monaten seit der zwangsweisen Einstellung seiner Tätigkeit nicht aufgelöst, so verliert die Suspendierung die Rechtskraft.

Art. 17.

Wird in der Tätigkeit einer der Vereinigungen, von denen Art. 11 handelt, ein Vergehen erblickt, oder gefährdet er die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung, so kann die Kreisbehörde der allgemeinen Verwaltung je nach den Umständen entweder von den Behörden der Vereinigung die Beseitigung des gefährdenden Zustandes fordern, oder die Tätigkeit der Vereinigung zeitweise verbieten und an das zuständige Bezirksgericht einen Antrag auf Auflösung der Vereinigung richten, das unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen der Strafprozeßordnung entscheidet. In diesem Falle hat die Suspendierung bis zu dem Augenblick Geltung, da das Gericht eine Entscheidung über die Auflösung der Vereinigung trifft.

Art. 18.

Vereinigungen, die auf Grund der Art. 12 und 13 entstehen, dürfen nicht:

a) Filialen gründen;

b) sich zu Verbänden zusammenschließen;

c) als Mitglieder juristische Personen aufnehmen;

d) die öffentliche Wohltätigkeit oder Beihilfen in Anspruch nehmen, die von Behörden oder öffentlichen Institutionen gewährt werden.

Auf Grund der Art. 12 und 13 können nicht entstehen: a) Vereinsverbände, b) Vereine von Staatsbeamten und anderen staatlichen Funktionären, deren Dienstverhältnis einen öffentlich-rechtlichen Charakter hat, d. h. Vereine, die die Unterstützung ihrer Berufsinteressen zum Ziele haben.

Teil III.

Die eingetragenen Vereine.

Art. 19.

Mindestens 15 Personen bezw. gewöhnliche Vereine, die mindestens 15 Mitglieder zählen, welche einen Verein gründen wollen, der den Charakter einer juristischen Person besitzt, bezw. die Rechte eines solchen Vereins zu erlangen wünschen, stellen durch Vermittlung der Kreisbehörde der zuständigen allgemeinen Verwaltung einen schriftlichen Antrag an die zuständige Wojewodschaftsbehörde der allgemeinen Verwaltung (an die Behörde, die die Eintragungen vornimmt) auf Eintragung des Vereins. Beizufügen sind vier Exemplare des Statutsprojekts, das enthalten muß:

a) den Namen des Vereins, der diesen von anderen innerhalb dieser Wojewodschaft, sowie von Behörden, Regierungs- und Selbstverwaltungsämtern eingetragenen Vereinen ausdrücklich unterscheidet;

b) das Tätigkeitsfeld und den Sitz;

c) die Ziele des Vereins und die zu seiner Tätigkeit im Besitz befindlichen Mittel;

d) die Art des Eintritts und des Austritts der Mitglieder, sowie deren Rechte und Pflichten;

e) die Art der Festsetzung der Mitgliedsbeiträge;

f) die Vereinsorgane (Vorstand, Generalversammlung, Revisionskommission usw.), die Art ihrer Bildung und Ergänzung, sowie den Zuständigkeitsbereich;

g) die Art der Repräsentation des Vereins nach außen hin, sowie die Bedingungen für die Gültigkeit seiner Beschlüsse und seiner Korrespondenz;

h) die Art der Erledigung von Konflikten, die sich innerhalb des Vereins ergeben;

i) die Art der von dem Verein einzugehenden vermögensrechtlichen Verpflichtungen;

j) die Art der Satzungsänderung;

k) die Bedingungen, oder die Art der Auflösung des Vereins.

Überdies ist in den Satzungen das Verhältnis des Vereins zu anderen Vereinen oder Organisationen anzugeben, wenn er die Absicht hat, sich ihnen in organisatorischer oder ideeller Beziehung unterzuordnen.

Art. 20.

Die Behörde, welche die Eintragung vornimmt, kann durch eine gehörig begründete Entscheidung den Antrag auf Eintragung entweder aus den in Art. 14 vorgesehenen Gründen, oder aus dem Grunde ablehnend beantworten, weil die Entstehung dieses Vereins den Rücksichten des sozialen Nutzens nicht entspricht. Sie kann auch ihr Einverständnis zur Entstehung des Vereins von der Vornahme von Änderungen in den Vereins-Satzungen abhängig machen.

Art. 21.

Hat die Behörde gegen die geplante Vereinsgründung keine Vorbehalte, bezw. sind diese Vorbehalte auf dem Instanzenwege beseitigt, so trägt die Behörde den Verein in das von ihr geführte Vereinsregister ein. Gleichzeitig stellt sie den Gründern ein Exemplar der Vereins-Satzungen mit einem entsprechenden Anschreiben zu. Außerdem veröffentlicht die Behörde auf Kosten der Gründer im „Monitor Polski" die Tatsache der Eintragung. Von dem Augenblick der Eintragung in das Register an erlangt der Verein den Charakter einer juristischen Person und kann neben dem eigentlichen Namen den Zusatz gebrauchen: „Eingetragener Verein".

Art. 22.

Die im vorigen Artikel vorgesehene Eintragung in das Register und die Bekanntmachung müssen in jedem Falle enthalten:

a) Namen und Sitz des Vereins, sowie dessen Tätigkeitsfeld;

b) Datum der Eintragung in das Register;

c) die Ziele des Vereins und die zu seiner Tätigkeit zur Verfügung stehenden Mittel;

d) Vor- und Zunamen der Gründer;

e) Eventuelle Einschränkung der Vollmachten des Vorstandes;

f) die Zeitdauer des Vereins, sofern diese beschränkt ist.

Art. 23.

Innerhalb von zwei Wochen, von dem Beginn der Tätigkeit des Vereins an gerechnet, ist der Vorstand verpflichtet, der die Eintragung vornehmenden Behörde durch Vermittlung der direkten Aufsichtsbehörde die Zusammensetzung des Vorstandes, sowie den Wohnsitz seiner Mitglieder und auch die Adresse des Vereinslokals zur Kenntnis zu geben. Dasselbe bezieht sich auf die späteren Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes und der Adresse des Vereins, wobei der Termin von der vollzogenen Änderung ab gilt. Die Angaben über die Zusammensetzung des Vorstandes und der Adresse des Vereins werden in das Register eingetragen.

Art. 24.

Die Bestimmungen der Art. 15 und 16 finden entsprechende Anwendung auf eingetragene Vereine mit der Änderung, daß für die Entscheidung über die Auflösung des Vereins diejenige Behörde zuständig ist, welche die Eintragung vornimmt.

Außerdem ist auf schriftliches Verlangen der direkten Aufsichtsbehörde der Vorstand des Vereins bei persönlicher Verantwortung eines jeden der Vorstandsmitglieder verpflichtet, in nicht mehr als zwei Exemplaren einen Bericht über die Tätigkeit, sowie den Rechnungsbericht des Vereins für das vergangene Berichtsjahr vorzulegen und auch die notwendigen Informationen zu erteilen.

Art. 25.

Im Falle der Suspendierung der Tätigkeit oder der Auflösung des Vereins macht die Behörde, welche die Eintragung vorzunehmen hat, einen entsprechenden Vermerk im Register. Die direkte Aufsichtsbehörde kann in diesem Falle die vorläufige Beschlagnahme des Vereinsvermögens anordnen und bestimmt zur Erledigung der unentbehrlichen mit dem Vermögen zusammenhängenden Fragen einen Kurator. Die Behörde, welche die Eintragung vorzunehmen hat, ordnet nach der endgültigen Entscheidung über die Auflösung die Liquidierung des Vereins an, sofern die Ausführung der Entscheidung nicht inhibiert worden ist.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftliche Rundschau.

Eisenbahntarifsenkung für den Transport von Kunstdüngemitteln?

Das Problem der Eisenbahntarifsenkung, das eine Fortsetzung des einmal begonnenen Feldzuges für die Produktonskostensenkung ist, scheint wirklich vor seiner Aufrollung zu stehen. Die Forderungen nach Tarifsenkung werden jetzt von allen Seiten erhoben. In den letzten beiden Jahren hat bekanntlich die Verwendung von Stickstoffdüngemitteln, insonderheit von Superphosphat, stark nachgelassen. Landwirtschaftliche Organisationen und Handelsvertretungen haben wiederholt auf die Notwendigkeit einer Tarifsenkung für den Transport von Kunstdüngemitteln hingewiesen. Bevorzugt werden müßte in erster Linie der Transport von fertigem Superphosphat innerhalb des Landes, ferner für die Einfuhr von Rohstoffen zur Herstellung von Superphosphat. Eine Tarifsenkung müßte sich zweifellos in der Kalkulation des landwirtschaftlichen Produzenten auswirken. Gedacht ist dabei eine Tarifsenkung sowohl für Waggonsendungen wie Einzelsendungen. In landwirtschaftlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß eine solche Maßnahme unweigerlich zur Verbrauchshebung beitragen würde. Man stellt gleichzeitig die Forderung einer Tariferhöhung für die Einfuhr von fertigem Superphosphat aus dem Auslande. Eine solche Forderung wird von der einheimischen polnischen Wirtschaftspresse gutgeheißen, obwohl in Erwägung gezogen werden muß, daß eine solche Maßnahme kaum notwendig wäre, da die Preise zwischen ausländischem und inländischem Superphosphat sehr verschieden sind. Die „Gazeta Handlowa“ glaubt annehmen zu dürfen, daß eine Neuregelung der Tariffrage für den Transport von Superphosphat bevorstehe, und daß das Verkehrsministerium sowohl eine Tarifermäßigung für die einheimischen Produkte wie eine Tariferhöhung für die ausländischen Produkte herbeiführen werde.

Die Schulden der wichtigsten Länder.

Nach einer Aufstellung des „B. T.“ weist unter allen Ländern die höchste Schuldensumme Großbritannien auf, das 131,8 Milliarden Mark inländischer Staatsanleihen im Umlauf hat. Die Schulden der einzelnen Staaten nach dem Stande von Anfang 1932 gehen aus folgender Aufstellung hervor (in Millionen Mark, gerechnet nach der Goldparität der Landeswährungen):

	Innere	Äußere
Deutschland	8 465	3239
Belgien	3 112	1321
England	131 845	2887
Frankreich	43 828	766
Griechenland	554	1612
Japan	9 467	3091
Italien	20 166	384
Polen	206	**2148**
Portugal	1 407	614
Rumänien	324	2395
Vereinigte Staaten	70 565	—
Argentinien	2 499	1773
Brasilien	1 179	3555
Dänemark	650	774
Norwegen	874	844
Österreich	259	1270
Rußland	6 958	—
Spanien	14 088	743
Tschechoslowakei	3 550	1048
Ungarn	104	1150
Chile	448	1240
Kanada	8 782	2181

Die Vereinigten Staaten tragen sich mit einer Anleiheschuld von 70,6 Milliarden Mark. Diese entfällt restlos auf das Inland. Eine Auslandsverschuldung besteht — im Gegensatz zur Vorkriegszeit — nicht mehr. Im Gegenteil: die Guthaben aus der Kriegsfinanzierung mit fast 25 Milliarden Mark bildeten bisher eine starke Stütze für die Finanzen der Bundesregierung.

Die Herbstbestellung in Polen. Das Warschauer Hauptamt für Statistik teilt mit, daß die Herbstbestellung, sowie die Aussaaten in Polen unter teilweise günstigen Bedingungen erfolgten. 57 Prozent der landwirtschaftlichen Korrespondenten melden, daß sich die Herbstarbeiten auf den Feldern günstig abwickelten, 43 Prozent der Korrespondenten meldeten das Gegenteil. Aus einer Reihe von Wojewodschaften wurden schlechte Nachrichten gemeldet, so u. a. aus den Wojewodschaften Warschau, Tarnopol, Lodz, Kielce, Posen und Lemberg. Unter verhältnismäßig sehr günstigen atmosphärischen und sonstigen Bedingungen wickelte sich die Herbstbestellung in den Wojewodschaften Wilna, Nowogrodek, Schlesien, Stanislau und Lublin ab.

Stundung der Forderungen der staatlichen Forsten? Die Bromberger Handelskammer hat einen Meinungsaustausch unter den interessierten Handelskammern eingeleitet, der sich auf die von der Bromberger Handelskammer vertretene Notwendigkeit einer Stundung der Forderungen der polnischen Staatsforstverwaltung für geliefertes Holz bezieht. Wie verlautet, wollen die polnischen Industrie- und Handelskammern nach Festlegung der Richtlinien eine gemeinsame Aktion in der Frage der Stundung der Forderungen der Staatsforsten für geliefertes Rundholz in die Wege leiten.

Starker Rückgang der polnischen Holzverfrachtungen nach dem Auslande. Nach Daten des Verkehrsministeriums sind im September die Auslandsverfrachtungen von polnischem Holz katastrophal zurückgegangen. Im Berichtsmonat belief sich die Zahl der Waggons, die im Tagesdurchschnitt mit Holzmaterialien für das Ausland abgefertigt worden sind, auf kaum 152. Noch im Juli betrug die Zahl der Waggons 196 und im September vorigen Jahres 257, also 80 Prozent mehr, als im September des laufenden Jahres. Nach Danzig gingen im September täglich 81 Waggons gegenüber 89 Waggons im Tagesdurchschnitt des Monats August.

Mißstände bei der staatlichen polnischen Holzexportagentur. Die Warschauer „Nowa Epoka“ weist darauf hin, daß auf den Holzlagerplätzen in Danzig und Gdingen augenblicklich über 16 000 Standard der verschiedensten Holzsortimente lagern, die auf den seewärtigen Umschlag warten, weil sie nicht verkauft worden seien. Das genannte Blatt glaubt den Grund für diesen Zustand in der unsachgemäßen Leitung der staatlichen Holzagentur zu erblicken. Es hätten sich in dieser Agentur Zustände herausgebildet, welche die ganze polnische Staatswirtschaft kompromittierten. Auch die Preispolitik dieser Agentur bedürfe einer Nachkontrolle, denn sie verkaufe Holz für den Export zu Preisen, die jeder kaufmännischen Kalkulation bar seien.

Starker Rückgang der polnisch-russischen Handelsumsätze. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind die polnisch-russischen Handelsumsätze im Vergleich zum Vorjahr stark zurückgegangen. Der Wert der russischen Ausfuhr nach Polen betrug in der Berichtszeit 12,8 Millionen Złoty gegen 23,2 Millionen Złoty in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ausfuhr aus Polen nach der Sowjetunion belief sich auf 16,9 Millionen Złoty gegen 112,3 Millionen Złoty in den ersten neuen Monaten des Vorjahres. Der Anteil der polnischen Russenausfuhr an der polnischen Gesamtausfuhr fiel demgemäß von 7,8 Prozent auf 2,1 Prozent.

Firmennachrichten.

Zempelburg (Sępólno). In Sachen des Verhütungsverfahrens der Firma „Komierowskie Zakłady Przemysłowe“ Termin am 28. November 1932, 10 Uhr.

Bentschen (Zbąszyń). Zwangsversteigerung des in Bentschen gelegenen Grundstückes, Grundbuch Bentschen, Band IV, Ausweis L. 155, Inh. Leo Kromski am 4. Januar 1933, 10 Uhr.

Um einem von unseren landwirtschaftlichen Lesern vielfach geäußerten Wunsche nachzukommen, haben wir durch eine technische Umstellung die Möglichkeit geschaffen, die Notierungen des Posener Viehmarktes noch am gleichen Tage in einem Teil unserer Gesamtauflage zu veröffentlichen. Von jetzt ab werden die Posener Viehmarktpreise einem großen Teil unserer Leser auf dem Lande 24 Stunden früher zugestellt werden.

Der polnische Holzmarkt.

Pinsk. Am Pinsker Holzmarkt besteht für einige Sortimente in letzter Zeit steigende Nachfrage. Unter diesen wären in erster Linie Dielenbretter zu nennen, für welche die Preise eine Befestigung erfahren haben. Die Preiserhöhung, die auf einen Festmeter teilweise 3 bis 5 Złoty erreicht, erklärt sich aus dem mangelnden Angebot.

Nach einem Bericht des „Rynek Drzewny“ konzentriert sich das Interesse am Pinsker Markt insbesondere auf Dielenbretter in einer Stärke von 83 Millimeter. Diese werden zur Lieferung in ganzen Waggonladungen gefragt.

Tarnopol. Im südlichen und westlichen Teil der Wojewodschaft Tarnopol, wo Laubholzbestände überwiegen, soll eine verstärkte Nachfrage nach Buchenmaterial zu beobachten sein. Außer Buche erfreuen sich auch Birke, Fourniererle, Espe, Esche und andere Laubholzsorten erhöhten Interesses. Schwach ist lediglich die Nachfrage nach Eichenmaterial. In letzter Zeit wurden Transaktionen über rund 3000 Festmeter Laubholz abgeschlossen.

Im Kreise Radziechów wurden Geschäfte über rund 10 000 Festmeter unsortierter Kiefer zum Preise von 6,20 Złoty je Festmeter am Stamm bei einer Durchschnittsentfernung von 10 Kilometer von der nächsten Eisenbahnstation abgeschlossen. Eiche wird mit 13 bis 18 Złoty je Festmeter am Stamm angeboten, ohne daß es zu Abschlüssen gekommen ist.

Zahlreiche Geschäfte kamen in Brennholz zustande. Im Kreise Brody wurden etwa 30 000 Raummeter verkauft. Der Preis lag für Buche etwa um 3 Złoty je Raummeter bei Entfernungen von 25 Kilometer von der Bahnstation. Im Kreise Złoczów wurden 25 000 Raummeter Brennholz (Weißbuche, Erle und Birke) zum Preise von 4,80 Złoty je Raummeter (bei 7 Kilometer Bahnentfernung) umgesetzt. Außerdem wurden einige Partien trockenes, hartes Brennmaterial aus dem Jahre 1931/32 zum Preise von 7 Złoty je Raummeter abgesetzt.

Gegen die Bevorzugung der Staatsforste.

Als Ergebnis der mehrtägigen Verhandlungen des Generalrates der polnischen Holzverbände in Lemberg wurden bei der Polnischen Regierung Schritte unternommen, um die gänzliche Industrinlisierung der Staatsforsten aufzuhalten.

Der Generalrat der Holzverbände trat auf der Tagung energisch gegen die Bevorzugung der Staatsforsten auf dem Gebiete der staatlichen Holzlieferungen, und zwar sowohl mit bezug auf die Ausmaße der Lieferungen, als auch deren Bedingungen auf. Es wurde unterstrichen, daß im allgemeinen die Ingerenz des Staates auf dem Gebiete der industriellen Verwertung von Rohhölzern völlig überflüssig und schädlich sei.

Weiter wird über die Beratungen in Lemberg und über die dort gefaßten Beschlüsse und Resolutionen noch folgendes bekannt:

Die Tagung sprach sich u. a. auch für die Notwendigkeit der Herausnahme der Finanzwirtschaft der Staatsforsten aus dem allgemeinen Staatshaushalt aus. In den Staatshaushalt sollen lediglich die Reingewinne aus der Forstbewirtschaftung aufgenommen werden.

Die Verarbeitung möglichst großer Holzmengen in Schnittware in eigenen oder gepachteten Industriebetrieben der polnischen Staatsforstverwaltung wird dann als ein realer Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten auf dem polnischen Holzmarkt angesehen, wenn das verarbeitete Holz ausschließlich exportiert wird.

Die Tagung bezeichnete es weiter als notwendig, daß in nächster Zeit eine Modernisierung der Industriebetriebe erfolge, die ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben im Interesse der Wirtschaft und des Staatsganzen ermögliche.

Für die Verwaltung der Staatsforsten als größte Holzproduzenten Polens wird eine einwandfreie Holzabsatzorganisation und zwar nicht nur zur Hebung der Staatseinahmen, sondern auch zur Wegbereitung des polnischen Holzexports als erforderlich bezeichnet.

Die Beschlüsse und Entschließungen finden nicht die Billigung des „Rynek Drzewny“. In mehreren Artikeln nimmt das Fachblatt zu der Tagung Stellung, aus denen die Unzufriedenheit mit der ganzen Art, wie die Tagung die Interessen der Privatindustrie wahrgenommen habe und wie jeder schöpferische Gedanke fehle, für die interessierte Privatindustrie den rettenden Weg aufzuzeigen, spricht. Interesse habe einzig und allein das Referat der Industrie- und Handelskammer Wilna hervorgerufen, das allein konkrete Anträge enthielt. Die Aufgabe der Tagung sei gewesen, sich mit dem Gesamtkomplex der polnischen Holzwirtschaft zu befassen. Diese Aufgabe habe die Tagung nicht erfüllt. Das Ergebnis der Lemberger Tagung sei daher völlig negativ ausgefallen. DPW.

Das Holzproblem auf der Tagung des Handelskammerverbandes.

Unter dem Vorsitz des Ministers a. D. Klarner fand vor einigen Tagen eine Tagung des Verbandes der polnischen Industrie- und Handelskammern statt. Die Tagung nahm die Anträge der Wilnaer Handelskammer betreffend die Politik der Direktion der Staatsforsten an, die sich auf die Pachtung und Betriebsführung von Dicten- und Fournierfabriken durch die Staatsforstverwaltung bezogen. Auf Grund dieses Beschlusses richtete der Verband der Industrie- und Handelskammern an das Präsidium des polnischen Ministerrats eine umfassende Denkschrift, in welcher die katastrophalen Folgen für die private Holzindustrie begründet werden, die sich aus der Übernahme von Dicten- und Fournierfabriken durch die polnische Staatsforstverwaltung ergeben.

Wie der Krakauer „Czas“ meldet, hat die polnische Staatsforstverwaltung bisher drei Fabriken gepachtet. Es handelt sich um folgende Firmen: Mercier in Pinsk, Fadak in Nowy Dwór bei Modlin, sowie E. Hasbach in Białystok. Die genannten Fabriken verarbeiten vorwiegend Erlenholz, das aus den Staatsforsten bezogen wird.

Der „Czas“ wirft im Anschluß an die gleiche Feststellung, daß das Vorgehen der Staatsforsten für die Privatindustrie die schädlichsten Folgen haben müsse, die Frage auf, was die Generaldirektion der Staatsforsten veranlaßt haben könnte, in einem Augenblick, da die maßgebenden Faktoren der Regierung sich für die Notwendigkeit ausgesprochen hätten, die staatliche Ingerenz auf dem Gebiete der Holzverarbeitung notwendigerweise einzuschränken, sich in Widerspruch zu dieser Auffassung zu stellen. Die Staatsforsten sollten sich endlich damit begnügen, ihr Holz zu annehmbaren Preisen abzugeben und im Interesse der Gesamtwirtschaft von schädlichen Experimenten auf dem Gebiete der industriellen Holzverarbeitung die Finger zu lassen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 18. November auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Złoty am 17. November. Danzig: Ueberweisung 57,62 bis 57,73, bar 57,65—57,76, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,95—47,35, Wien: Ueberweisung 79,31—79,79, Prag: Ueberweisung 377,40—379,40, Zürich: Ueberweisung 58,15, London: Ueberweisung 29,37.

Warschauer Börse vom 17. Novbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,30, 359,20 — 357,40, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London *), 29,54 — 29,24, Newyork 8,92, 8,94 — 8,90, Oslo —, Paris 34,97, 35,06 — 34,88, Prag 26,41, 26,47 — 26,35, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 171,70, 172,13 — 171,27, Tallin —, Wien —, Italien 45,70, 45,92 — 45,48.

*) London Umsätze 29,37—29,40.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,00.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskont-sätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 17. November Geld	Brief	In Reichsmark 15. November Geld	Brief
2,5%	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
2%	1 England	13,88	13,92	13,98	14,02
2,5%	100 Holland	169,18	169,52	169,18	169,52
9%	1 Argentinien	0,908	0,912	0,908	0,912
4%	100 Norwegen	70,53	70,67	71,08	71,22
4%	100 Dänemark	72,23	72,37	72,73	72,87
6,5%	100 Island	62,94	63,06	63,04	63,16
3,5%	100 Schweden	73,53	73,67	73,83	73,97
3,5%	100 Belgien	58,37	58,49	58,42	58,54
5%	100 Italien	21,56	21,60	21,55	21,59
2,2%	100 Frankreich	16,495	16,535	16,51	16,55
2%	100 Schweiz	80,97	81,13	81,00	81,16
6,5%	100 Spanien	34,39	34,45	34,42	34,48
—	1 Brasilien	0,294	0,296	0,294	0,296
5,84%	1 Japan	0,849	0,851	0,869	0,871
—	1 Kanada	3,696	3,704	3,736	3,744
—	1 Uruguay	1,698	1,702	1,698	1,702
4,5%	100 Tschechoslowak.	12,465	12,485	12,465	12,485
6,5%	100 Finnland	6,054	6,066	6,054	6,066
5,5%	100 Estland	110,59	110,81	110,59	110,81
6%	100 Lettland	79,72	79,88	79,72	79,88
6,5%	100 Portugal	12,76	12,78	12,76	12,78
9,5%	100 Bulgarien	3,057	3,063	3,057	3,063
7,5%	100 Jugoslawien	5,634	5,646	5,634	5,646
6%	100 Oesterreich	51,95	52,05	51,95	52,05
6%	100 Ungarn	—,—	—,—	—,—	—,—
4%	100 Danzig	81,82	81,98	81,87	82,03
9%	1 Türkei	2,008	2,012	2,008	2,012
11%	100 Griechenland	2,498	2,502	2,498	2,502
—	1 Kairo	14,26	14,30	14,36	14,40
7%	100 Rumänien	2,517	2,523	2,517	2,523
—	Warschau	46,95	47,35	46,95	47,35

Züricher Börse vom 17. November. (Amtlich.) Warschau 58,15, Paris 20,37 3/8, London 17,15, Newyork 5,19 3/4, Brüssel 72,07 1/2, Italien 26,61, Spanien 42,50, Amsterdam 208,67 1/2, Berlin 123,60, Stockholm 91,00, Oslo 87,50, Kopenhagen 89,80, Sofia 3,76, Prag 15,39, Belgrad 7,00, Athen 3,00, Konstantinopel 2,50, Bukarest 3,08 1/2, Helsingfors 7,50, Buenos Aires 1,12, Japan 1,06 1/2.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 29,15 Zł., 100 Schweizer Franken 170,72 Zł., 100 franz. Franken 34,83 Zł., 100 deutsche Mark 210,00 Zł., 100 Danziger Gulden 172,67 Zł., tschech. Krone —,— Zł., österr. Schilling —,— Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 17. November. Es notierten: 5proz. Konvert.-Anleihe 41,75 G., 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 54 +, 8proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Posener Landschaft 56 G., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 31 G., 4proz. Dollar-Prämienanleihe (Serie 3) 50 G., 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 95 G., 3proz. Bauanleihe (Serie 1) 37,25 G., Bank Polski 86 G. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Warschau, 17. November. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 15,75—16,25, Einheitsweizen 26,50 bis 27,00, Sammelweizen 26,00—26,50, Einheitshafer 16,75 bis 17,25, Sammelhafer 15,75—16,25, Grützgerste 15,50—16,00, Braugerste 16,50—17,50, Speisefelderbsen 24,00—26,00, Viktoriaerbsen 26,00—29,00, Winterraps 49,00—50,00, Rotklee ohne dicke Flachsseide 125,00—140,00, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 130,00 bis 145,00, roher Weißklee 110,00—140,00, roher Weißklee bis 97% gereinigt 150,00—200,00, Luxus-Weizenmehl 45,00—50,00, Weizenmehl 4/0 40,00—45,00, Roggenmehl I 27,00—29,00, Roggenmehl II 21,00 bis 23,00, Roggenmehl III 21,00—23,00, grobe Weizenkleie 10,50—11,00, mittlere 10,00—10,50, Roggenkleie 9,50—10,00, Leinkuchen 21,50—22,00, Rapskuchen 16,50—17,00, Sonnenblumenkuchen 17,50—18,00, doppelt gereinigte Seradella —,—, blaue Lupinen —,—, gelbe —,—, Peluschken 16,00—17,00, Wicke —,—.

Umsätze 1329 to, davon 317 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 17. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen 25 to 14.90

Richtpreise:

Weizen	22.75—23.75	Sommerwicke	—.—
Roggen	14.60—14.80	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	13.25—13.75	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68—69 kg	13.75—14.50	Raps	40.00—41.00
Braugerste	16.00—17.50	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer	13.25—13.50	Senf	39.00—45.00
Roggenmehl (65%)	23.00—24.00	Blauer Mohn	100.00—110.00
Weizenmehl (65%)	36.00—38.00	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	9.00—10.00	Roggenstroh, gepr.	—.—
Weizenkleie (grob)	10.00—11.00	Heu, lose	—.—
Roggenkleie	8.75—9.00	Heu, gepreßt	—.—
Winterrübsen	38.00—43.00	Netzeheu, lose	—.—
Peluschken	—.—	Netzeheu, gepr.	—.—
Felderbsen	—.—		
Viktoriaerbsen	21.00—24.00	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Folgererbsen	31.00—34.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 105 to, Weizen 105 to, Gerste 20 to, Viktoriaerbsen 15 to, Sonnenblumenkuchen 4 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Hafer schwach, für Roggen, Weizen, Brau- und Mahlgerste, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 17. November. (Großhandelspreise für 100 kg.) Weizen 22,25—22,75 Zł., Roggen 13,40—13,70 Zł., Mahlgerste 12,75—13,50 Zł., Braugerste 16,00—17,00 Zł., Felderbsen —,— Zł., Viktoriaerbsen 20,00—23,00 Zł., Hafer 12,00—12,50 Zł., Fabrikkartoffeln —,— Zł., Speisekartoffeln —,— Zł., Kartoffelflocken —,— Zł., Weizenmehl 70% —,— Zł., do. 65% —,— Zł., Roggenmehl 70% —,— Zł., Weizenkleie 8,75—10,25 Zł., Roggenkleie 8,25—8,75 Zł.

Engrospreise franko Waggon der Aufgabestation.
Gesamttendenz: ruhig.

Danziger Getreidebörse vom 15. November. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Pfd., 15,00—15,25, Roggen 9,35—9,60, Braugerste 10,25 bis 10,75, Futtergerste 9,10—9,50, Hafer 8,75—9,25, Viktoriaerbsen 13,00—16,25, grüne Erbsen 19,50—23,50, Roggenkleie 6,15, Weizenkleie 6,40, Weizenschale 6,70, Wicken 10,30—11,00, Peluschken 9,75 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Preise haben kaum eine Veränderung erfahren. Roggen zur Ausfuhr bringt 4,70 G. p. Ztr., zum Konsum 4,90 G. p. Ztr.

Futtermittel fester. Grünerbsen wieder gefragt.

Berliner Produktenbericht vom 17. November. Getreide und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 197,00—199,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 156,00 bis 158,00, Braugerste 170,00—180,00, Futter- und Industriegerste 161,00—168,00, Hafer, märk. 129,00—134,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 24,40—27,25, Roggenmehl 20,20—22,50, Weizenkleie 9,35—9,70, Roggenkleie 8,60—8,95, Raps —,—, Viktoriaerbsen 21,00—26,00, Kl. Speiseerbsen 20,00—23,00, Futtererbsen 14,00 bis 16,00, Peluschken —,—, Ackerbohnen —,—, Wicken —,—, Lupinen, blaue —,—, Lupinen, gelbe —,—, Serradella —,—, Leinkuchen 10,10—10,20, Trockenschnitzel 8,90, Soya-Extraktionsschrot 10,30, Kartoffelflocken —,—.

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 17. November.) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 gr 14½, Klasse A über 60 g 13½, Klasse B über 53 g 12¾, Klasse C über 48 g 10½; frische Eier: Klasse A über 60 gr 13, Klasse B über 53 g 12½; aussortierte kleine und Schmutzeier 7¼—7¾. Auslandseier: Dänen: 18er 14, 17er 13½, 15½—16er 13, leichtere 9—9¾; Schweden: 18er 14, 17er 13½, 15½—16er 13, leichtere 9—9¾; Holländer: Durchschnittsgewicht 68 g —, 60—65 g —, 57—58 g —; Rumänen: 8¾—9½; Jugoslawien: —; Polen: große —, normale 8¼—8¾; abweichende —; Russen: normale 8¼—8¾; Kühlhauseier: extra große 10—10½, große 8½—9, normale 7½—7¾; Kalkeier: extra große —, große 8, normale 7¼.

Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.

Witterung: schön. Tendenz: behauptet.

Viehmarkt.

Warschauer Viehmarkt vom 17. November. Die Notierungen für Hornvieh und Schweine betrug für 100 kg Lebendgewicht loco Warschau in Złoty: junge, fleischige Ochsen —,—; junge Mastochsen —,—; ältere, fette Ochsen 55—60; Mastkühe —,—; abgemolkene Kühe jeden Alters 55—60; junge, fleischige Bullen —,—; fleischige Kälber —,—, gut genährte Kälber 90—95; kongreßpolnische Kälber —,—; Schafe —,—; Speckschweine von über 150 kg 105—115, von 130—150 kg 95—100; fleischige Schweine von 110 kg 75—90.